



Studien zur länderbezogenen Konfliktanalyse

Usbekistan

von

Dr. Marie-Carin von Gumppenberg

im Auftrag der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Herbst 2002

Die vorliegende Studie wurde bewußt von einem unabhängigen Gutachter/einer unabhängigen Gutachterin erstellt und entspricht nicht notwendigerweise der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Inhaltsverzeichnis

Hinführung	4
Executive Summary	5
Zielsetzung	7
Methodik.....	8
Konfliktanalyse Uzbekistan	10
1. Konfliktprofil.....	10
2. Hintergrundinformationen zu Uzbekistan.....	11
2.1 <i>Innenpolitische Entwicklung</i>	11
2.2 <i>Außenpolitische Orientierung</i>	13
3. Strukturelle Konfliktursachen und konfliktverschärfende Faktoren.....	15
3.1 <i>Politik</i>	15
3.2 <i>Wirtschaft</i>	16
3.3 <i>Soziales</i>	19
3.4 <i>Ökologie</i>	22
3.5 <i>Politischer Islam</i>	26
3.6 <i>Krisenregion Fergana-Tal</i>	30
3. Konflikt- und Friedensakteure	33
3.1 <i>Nationale Akteure</i>	33
3.2 <i>Internationale Akteure</i>	37
4. Konfliktdynamiken	41
4.1 <i>Kurzfristige Konflikttendenzen</i>	41
4.2 <i>Anreize für eine Konflikteskalation</i>	41
4.3 <i>Mögliche zukünftige Konfliktszenarien</i>	41
International Response	43
1. Überblick über Maßnahmen internationaler Akteure.....	43
1.1 <i>Sektorspezifische Maßnahmen</i>	43
1.2 <i>Anti-Terror-Maßnahmen</i>	49
1.3 <i>Explizit konfliktpräventive Maßnahmen</i>	51
2. Problemorientierte Analyse der Geberaktivitäten	53
Empfehlungen	56
1. Konfliktprävention als Zielsetzung.....	56
2. Sektorale Prioritäten.....	57
2.1 <i>Förderung des politischen Dialogs</i>	59
2.2 <i>Abbau der Jugendarbeitslosigkeit</i>	60
2.3 <i>Stärkung der Zivilgesellschaft</i>	60
2.4 <i>Stärkung der Menschenrechte</i>	61
2.5 <i>Förderung von lokalen Frühwarn- und Konfliktmanagement-Kapazitäten</i>	62
Anhang	63
Begriffe.....	64

Abkürzungen.....	65
Literatur.....	66
Von der Autorin durchgeführte Interviews	69

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Als politisches Vermächtnis des ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten 1925 gegründet, ist die FES der sozialen Demokratie verpflichtet mit der Zielsetzung, 1) die politische und gesellschaftliche Bildung von Menschen aus allen Lebensbereichen im Geiste von Demokratie und Pluralismus zu fördern, 2) begabten jungen Menschen durch Stipendien Zugang zu Studium und Forschung zu ermöglichen, 3) Zur internationalen Verständigung und Zusammenarbeit beizutragen. Derzeit arbeiten 560 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der Weiterführung dieser Ziele. Die internationale Arbeit verbindet die FES mit Partnern in über hundert Ländern der Welt und wird im Wesentlichen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Auswärtige Amt finanziert. Ziel der Projektaktivitäten zur demokratischen und sozialen Gestaltung der Globalisierungsprozesse ist eine konstruktive, den Frieden fördernde Transformation von Konflikten in verschiedenen Phasen. Dabei ist die FES dem Prinzip der Nachhaltigkeit ebenso verpflichtet wie dem Do no harm-Ansatz, der den Schwerpunkt der Interaktion innerhalb der Zivilen Konfliktbearbeitung auf die Stärkung verbindender Kräfte und auf die lokalen Friedenspotentiale legt. Zivile Konfliktbearbeitung umfaßt sämtliche vor, während, oder nach gewaltsam ausgetragenen Konflikten ansetzende Maßnahmen der gezielten Einflussnahme auf die Konfliktursachen, die Kontrahenten und ihre Dialogformen sowie zur gezielten Stärkung des friedlichen Potentials innerhalb der jeweiligen Gesellschaft(en) umfaßt.

Kontakt:

FES-Referat Entwicklungspolitik, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

- T.: 0049-30-26935-910 F.; 0049-30-26935-955

Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt)

FriEnt wird von acht staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen und Netzwerken gebildet, die in FriEnt ihre Erfahrungen im Bereich der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung austauschen. Das Wissen über erfolgreiche Möglichkeiten entwicklungspolitischen Handelns für Frieden soll damit vertieft und eine Chance zu engerer Koordination und Absprache zwischen den Mitgliedern der Arbeitsgruppe geschaffen werden. FriEnt wertet Informationen über Projekte und praxisrelevante Forschungsergebnisse aus, entwickelt methodische und konzeptionelle Ansätze weiter, fördert den Dialog zwischen den Mitgliedsorganisationen und den Kontakt mit anderen Einrichtungen entwicklungspolitischer Friedensarbeit.

Die Gruppe entstand am 31. August 2001 auf Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Evangelischen Entwicklungsdienstes, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe/ Misereor, des Konsortiums Ziviler Friedensdienst und der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung. Die Friedrich-Naumann-Stiftung trat am 1.4.2003 als weitere Mitgliedsorganisation bei.

Mitarbeit an dieser Studie: Armin Hasemann

Kontakt:

Gruppe Friedensentwicklung/FriEnt, c/o BMZ, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn

T.: 0049-228-535-3259 F: 0049-228-535-4259, frient@bmz.bund.de

Hinführung

Executive Summary

Konfliktprofil

Uzbekistan befindet sich derzeit in der Phase des *latenten Konfliktes*. Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine relativ niedrige Gewaltintensität. Mittel- bis langfristig kann es allerdings zu einer Konflikteskalation kommen – und zwar aus folgenden Gründen:

- Die bestehenden Defizite im *good governance*¹-Bereich mindern die Handlungsfähigkeit des Staates im Umgang mit terroristischen und oppositionellen Gruppierungen, die die Stabilität Uzbekistans von außen her sowie von innen in Frage stellen.
- Die problematische Wirtschaftslage, aufgrund derer der Lebensstandard der Bevölkerung stetig sinkt und die Arbeitslosigkeit insbesondere unter Jugendlichen steigt, provoziert soziale Proteste.
- Die zunehmende Konkurrenz um immer knapper werdende Ressourcen (Wasser, Land, Energie) führt zu Konflikten auf lokaler, inner- und zwischenstaatlicher Ebene.

Konfliktpräventive Maßnahmen internationaler Akteure

Einige wenige internationale Geber haben bereits oben genannte Faktoren als potentielle Konfliktursachen erkannt und suchen diese mit ihren Maßnahmen zu adressieren. Hierbei vollzogen sie einen Lernprozess. Zunächst konzentrierten sie sich auf die Lösung von Konflikten („conflict resolution“) auf oberster politischer Ebene.

Da dieser Ansatz nicht den gewünschten Erfolg zeigte, veränderten die internationalen Geber ihre Strategie. Nun suchen sie die strukturellen Konfliktursachen („root causes of conflict“) auf unterster Ebene, sprich: vor Ort, zu bearbeiten. Die Projekte sind nun kleiner, beziehen die örtliche Bevölkerung mit ein („participatory rural appraisal“) und zielen auf die Lösung lokal begrenzter Konfliktherde.

Beispielsweise stärkt die amerikanische, von USAID gesponserte Entwicklungsorganisation *Mercy Corps* im Fergana-Tal die Kooperation zwischen lokalen Regierungsvertretern und Bürgern und baut soziales Konfliktpotential durch die gemeinsame Implementation von Infrastrukturprojekten ab.

¹ *Good governance* wird meist übersetzt mit gutem, d.h. gesellschaftlich verantwortlichem und fairem Regieren und Verwalten. Es „bedeutet gute politische Rahmenbedingungen für eine soziale, ökologische und marktwirtschaftliche Entwicklung und den verantwortungsvollen Umgang des Staates mit politischer Macht (auch im Sicherheitsbereich) und öffentlichen Ressourcen. Dies erfordert ein leistungsfähiges öffentliches Management; Politik und Verwaltung räumen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft Partizipationsmöglichkeiten ein, sorgen für Informationen und Transparenz und legen der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft ab über ihr Handeln (Accountability nach innen und nach außen). Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, auch im Sinne der Gleichberechtigung, müssen gewährleistet sein.“ (BMZ (Hrg.): *good governance*, Bonn Juni 2002, in: www.bmz.de)

Empfehlungen für gesellschaftspolitische Kooperationsprogramme

Sektorale Prioritätensetzung

Basierend auf den „lessons learnt“ in Uzbekistan tätiger internationaler Geber, auf den Ergebnissen der Feldphase vom 3. bis 20. November 2002 sowie auf dem Methodenleitfaden hat die Autorin der Studie folgende drei Sektoren zur Förderung in der politischen Zusammenarbeit identifiziert.

- (1) Förderung des politischen Dialogs
- (2) Abbau der Jugendarbeitslosigkeit
- (3) Stärkung der Zivilgesellschaft

Bei der Auswahl der Sektoren waren die Kriterien *Relevanz* in bezug auf Konfliktprävention, *Kohärenz* mit Strategien und Programmen internationaler Geber, *Akzeptanz* durch die Regierung sowie positive Wirkungshypothese entscheidend.

Programmplanung

Internationale Geber sollten ihre Programme und Projekte untereinander sowie mit der Regierung abstimmen. Viele internationale Geber streben daher bilaterale Vereinbarungen mit der Regierung an und legitimieren ihr Engagement mit Hinweis auf Verlautbarungen von Präsident Karimov oder bereits verabschiedete Regierungsprogramme (z.B. Aktionsprogramm zur Hebung der Rechtskultur in der Republik Uzbekistan). Grundsätzlich gilt: Offen gegenüber „ausländischen Interventionen“ zeigen sich insbesondere Regierungs- und Verwaltungsvertreter auf der unteren Ebene sowie auf dem Land.

Zielsetzung

Ziel der Studie sind strategische Überlegungen und operative Vorschläge zur systematischen Förderung von Konfliktprävention und -lösung durch gesellschaftspolitische Kooperationsprogramme. Die Studie ist Teil des Vorhabens „Konfliktbezogene Wirkungsbeobachtung – Studien zur Wirkung gesellschaftspolitischer Kooperationsprogramme auf Konfliktentwicklungen in Mazedonien, Uzbekistan und Afghanistan“.

Die vorliegende Studie besteht aus drei Teilen:

1. der politischen Konfliktanalyse, die die spezifische Konfliktsituation in Uzbekistan darstellt, Konfliktursachen und Konflikt dynamiken aufzeigt sowie die am Konflikt beteiligten Schlüsselakteure, ihre Interessen und Ressourcen identifiziert;
2. der Analyse und Kritik der konfliktpräventiven und lösenden Programme und Projekte der internationalen Gebergemeinschaft sowie
3. den Empfehlungen für die konflikt sensitive Planung gesellschaftspolitischer Kooperationsprogramme.

Methodik

Die vorliegende Studie stützt sich methodisch im wesentlichen auf Erkenntnisse des „Peace and Conflict Impact Assessment“ (PCIA).² Außerdem orientiert er sich an dem „Methodenleitfaden zur Konfliktanalyse und zur Entwicklung von Handlungsoptionen für gesellschaftspolitische Kooperationsprogramme“, der begleitend zu den Studien Mazedonien, Uzbekistan und Afghanistan entwickelt wurde.³

Die Studie basiert auf folgenden Quellen:

- informellen Begegnungen und offiziellen Gesprächen mit Regierungsvertretern, lokalen Experten und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die die Autorin dieser Studie im Rahmen von zahlreichen Forschungsreisen und Arbeitseinsätzen in Zentralasien⁴ seit 1996 hatte;
- Interviews, die während der Feldphase in Uzbekistan vom 3. bis 20. November 2002 mit Regierungsvertretern, Repräsentanten vor Ort tätiger internationaler Organisationen, Vertretern von Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen, mit derzeitigen und möglichen zukünftigen Partnern der Friedrich-Ebert-Stiftung auf der Grundlage des Methodenleitfadens durchgeführt wurden (siehe Liste der Interviewpartner im Anhang);
- teilnehmender Beobachtung⁵ und informellen Gesprächen während der Feldphase in Uzbekistan vom 3. bis 20. November 2002;
- wissenschaftlichen Publikationen zu Uzbekistan; sowie
- amtlichen Veröffentlichungen der Republik Uzbekistan (Gesetze, Statistiken, Bücher) sowie Publikationen der vor Ort tätigen internationalen Organisationen.

Die Empfehlungen zur sektoralen Schwerpunktsetzung beruhen auf den aus der Konfliktanalyse gewonnenen Erkenntnissen zu den wichtigsten Konfliktursachen und zukünftigen Konflikt dynamiken sowie auf der kritischen Analyse der Geberaktivitäten in Uzbekistan und der von den Gebern und lokalen Experten formulierten „lessons learnt“. Entscheidendes Kriterium für die Sektorenauswahl war die Implementierbarkeit der empfohlenen Handlungsstrategien.

² Conflict Prevention Network (CPN): Assessing the Impact of Conflict Prevention, Brussels 2001; Goodhand, Jonathan: Conflict Assessment Project: Approach and Methodology, INTRAC for DFID, London 2000; gtz: Konfliktanalyse für die Projektplanung und -steuerung. Eine praktische Handreichung. Eschborn 2001; Kliengebiel, Stefan: Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen, in: DIE Berichte und Gutachten 6/1999

³ Hasemann, Armin / Hübner-Schmid, Katharina: Methodenleitfaden zur Konfliktanalyse und zur Entwicklung von Handlungsoptionen für gesellschaftspolitische Kooperationsprogramme, unveröffentlichtes Dokument, 2003

⁴ Zu Zentralasien werden in dieser Studie die Länder Kazachstan, Kirgistan, Tadjikistan, Turkmenistan und Uzbekistan gezählt.

⁵ Die teilnehmende Beobachtung wurde in der Ethnologie als Erhebungsmethode entwickelt und in der empirischen Sozialforschung verfeinert. Diese Methode steht im Gegensatz zur freien, naiven Alltagsbeobachtung, sie besitzt ein angebbares Maß an Objektivität, Zuverlässigkeit und Gültigkeit. Mit Hilfe der teilnehmenden Beobachtung werden sinnlich wahrnehmbare Sachverhalte oder Vorgänge durch einen sich gegenüber den Beobachtungsgegenständen rezeptiv verhaltenden Beobachter systematisch erfaßt, ohne daß dabei ein verbaler Kontakt zwischen Beobachter und Beobachteten erforderlich wäre.

Karte 1: Uzbekistan



Quelle: CIA Factbook, www.cia.gov

Konfliktanalyse Uzbekistan

1. Konfliktprofil

Uzbekistan hat bereits vor seiner Unabhängigkeit im Jahre 1991 gewaltsame ethno-politische Konflikte erlebt. Im Juni 1989 eskalierten die Spannungen zwischen Uzbeken und Mescheten⁶ im usbekistanischen Teil des Fergana-Tals. Es gab mehrere Tote. Die Mescheten sahen sich zur Emigration gezwungen. Im Mai und Juni 1990 gab es blutige Auseinandersetzungen zwischen Uzbeken und Kyrgyzen im kyrgyzstanischen Osh, die auch auf den usbekistanischen Teil des Fergana-Tals ausstrahlten. Uzbeken verließen Kyrgyzstan und flüchteten nach Uzbekistan.

Seit Erklärung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 gab es in Uzbekistan keine größeren ethno-politischen Auseinandersetzungen mehr. Jedoch wurde die innere Stabilität durch eine Reihe terroristischer Aktionen in Frage gestellt. 1997/8 wurden Politiker und Verwaltungsangehörige im Fergana-Tal ermordet. Im Februar 1999 erschütterte eine Serie von Bombenattentaten Taschkent. Im Sommer 2000 drang die paramilitärische *Islamische Bewegung Uzbekistans* von Afghanistan und Tadjikistan aus nach Uzbekistan ein, konnte jedoch innerhalb kürzester Zeit zurückgeschlagen werden.

Derzeit ist Uzbekistan stabil. Es finden sich jedoch eine Reihe von Konfliktpotentialen, die mittel- bis langfristig die bestehende Stabilität untergraben könnten. Die strukturellen Konfliktursachen liegen zum einen im politischen Bereich: im Mangel an demokratischen Strukturen und Mechanismen gewaltfreier Konfliktbeteiligung, in der fehlenden Rechtsstaatlichkeit sowie in der massiven, wiederholten Mißachtung der Menschenrechte, und zum anderen im sozio-ökologischen Bereich: in der zunehmenden sozialen Ungleichheit, der fortschreitenden Umweltzerstörung und der immer größer werdenden Ressourcenknappheit in Verbindung mit dem Bevölkerungswachstum. Zur Eskalation dieses Konfliktpotentials könnte es kommen, wenn

- *good governance*-Defizite, die die Handlungsfähigkeit des Staates im Umgang mit terroristischen und oppositionellen Gruppierungen mindern;
- die *Interessen- und Verteilungskonflikte* um knappe Güter (Land, Wasser) zunehmen; und/oder
- die *Wert- und Identitätskonflikte* innerhalb der usbekistanischen Gesellschaft im Hinblick auf Demokratie und Religion offen ausbrechen.

⁶ Mescheten sind eine ethnische Gruppierung, die ursprünglich aus Südgeorgien stammt und im November 1944 von Stalin nach Zentralasien deportiert worden war. Seit 1999 gibt es in Georgien ein Gesetz, das die Rückkehr der Mescheten nach Georgien unterstützen soll, das aber bisher kaum umgesetzt worden ist.

2. Hintergrundinformationen zu Uzbekistan

2.1 Innenpolitische Entwicklung

Uzbekistan erklärte am 31. August 1991, kurz nach Beendigung des August-Putsches in Moskau, seine Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeitserklärung war weniger von der breiten Bevölkerung gewollt, denn von der politischen Führung forciert. Bis Mitte 1992 erlebte Uzbekistan eine Phase der relativen Liberalisierung. Zahlreiche Bürgerbewegungen und politische Parteien entstanden, die die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Probleme der Transformation – stagnierende Einkommen, massive Staatsinterventionen in die Wirtschaft und mangelnde politische Partizipationsmöglichkeiten – öffentlich artikulierten.

Zu den Oppositionsparteien gehörten: *Birlik* (Einheit), die sich seit 1988 für eine nationale Wiedergeburt und Demokratisierung einsetzte; *Erk* (Freiheit/Wille), die sich Ende 1991 von *Birlik* abspaltete und einen etwas moderateren Kurs gegenüber den herrschenden Eliten vertrat; sowie *Islam Lashkari* (Islamische Kräfte) und *Adolat* (Gerechtigkeit), zwei Parteien mit explizit religiösem Hintergrund, die im Fergana-Tal ihren Ursprung hatten.

Ende 1992/Anfang 1993 wurde der Handlungsspielraum dieser Kräfte jedoch eingeschränkt. Die Opposition wurde isoliert und als „islamistisch“ diffamiert. Eine Reihe von Oppositionspolitikern „verschwand“ oder wurde ermordet. Heute leben die Gründer der säkularen Opposition im westlichen Ausland. Die Anhänger der islamischen Opposition sitzen im Gefängnis, operieren als Schläfer oder halten sich im nahen Ausland auf.

In der Folgezeit wurden zahlreiche regierungskonforme Parteien gegründet. Ende 1992 errichtete ein ehemaliges *Birlik*-Mitglied die Partei *Vatan* (Vaterland), um die verbotene *Erk* zu ersetzen. 1995 wurden die *Sozialdemokratische Partei Adolat* – nicht zu verwechseln mit der oben genannten *Adolat* – und die Demokratische Partei *Millij Tiklanish* (Nationale Wiedergeburt) ins Leben gerufen. 1998 wurde die Nationaldemokratische Partei *Fidokorlar* (Selbst-Opfer) etabliert, letztlich nur um den amtierenden Präsidenten als Kandidaten für die Präsidentenwahlen 2000 vorzuschlagen.

Heute ist Uzbekistan – nach Turkmenistan – dasjenige Land in Zentralasien, in dem die geringsten politischen Freiheiten bestehen. Seit Jahren bewertet Freedom House⁷ den Stand der Demokratisierung in Uzbekistan mit 6,75 Punkten⁸ von 7 möglichen Punkten (keine politische Freiheit), was bedeutet, daß in Uzbekistan kaum politische Freiheiten bestehen. Freedom House macht sein Urteil an folgenden Fakten fest: In Uzbekistan gibt es keine freien, fairen, gleichen und transparenten Wahlen. Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind stark eingeschränkt. Glaubens- und Gewissensfreiheit sind nicht gewährleistet. Der Bevölkerung ist jede Möglichkeit entzogen, offen und legal ihre Interessen, Bedürfnisse und Probleme zu äußern.

Die Konsolidierung des derzeitigen Regimes in Uzbekistan wurde durch folgende Faktoren begünstigt: Erstens, gab es in Uzbekistan keine prä-sowjetische demokratische Kultur. Vor der Sowjetisierung bestanden autoritär geführte *Khanate*⁹, i.e. Fürstentümer, denen eine par-

⁷ Freedom House ist eine amerikanische Nichtregierungsorganisation, die jährlich einen fundierten Bericht über den Stand der politischen und wirtschaftlichen Freiheiten in den einzelnen Transformationsländern herausgibt (siehe hierzu: „Nations in Transit“, in: www.freedomhouse.org). In Uzbekistan hat Freedom House im Herbst 2002 und in Kirgistan im Frühjahr 2003 Schulungszentren für Menschenrechtsaktivisten eröffnet.

⁸ Zum Vergleich: Turkmenistan 6.94, Kirgistan 5.38 und Bundesrepublik Deutschland 1.10. Siehe dazu: www.freedomhouse.org

⁹ Kursiv gedruckte Begriffe sowie Abkürzungen sind im Anhang ausführlicher erklärt.

tizipative politische Kultur fremd war. Zweitens, gab es bei Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit keine ausländische Ordnungsmacht, die in der zentralasiatischen Republik demokratische Normen und Prinzipien oktroyieren hätte können. Eine *Europäische Union* als Vorbild und Anziehungspunkt war – und ist auch heute noch – nicht vorhanden. Drittens, fand in Uzbekistan Anfang der 1990er Jahre kein Elitenwechsel statt. Die alte Nomenklatura setzte ihre Herrschaft fort. Sie sprach sich ausdrücklich gegen eine rasche Demokratisierung aus und verwies auf die Gefahren nachhaltiger und übereilter Demokratisierung. Die gängige Argumentation der politischen Eliten war folgende: Um eine Destabilisierung des Landes – wie dies beispielsweise im benachbarten Tadjikistan geschehen war – zu verhindern, müsse zunächst von einer Demokratisierung abgesehen werden.

Menschenrechtsverletzungen in Uzbekistan

Human Rights Watch, *Amnesty International* und andere namhafte internationale Menschenrechtsorganisationen äußern seit Jahren ihre Besorgnis über die Menschenrechtssituation in Uzbekistan. Folter und Missbrauch auf Polizeirevieren und in Untersuchungshaft sind an der Tagesordnung. Gerichtsverfahren entsprechen keineswegs internationalen Standards. Angeklagte erhalten nicht den ihnen zustehenden Rechtsbeistand. Urteile werden nicht aufgrund von Indizien, sondern aufgrund von Geständnissen, die meist unter Folter (Schlagen, Elektroschock, Sack über den Kopf) erpresst werden, gefällt. Richter sind in ihrer Urteilsfindung keineswegs unabhängig, sondern beeinflusst.

Derzeit gibt es in Uzbekistan ca. 60.000 Gefängnisinsassen, davon sind 1.500 Frauen. Nach Angaben von in- wie ausländischen Menschenrechtsorganisationen finden sich unter allen Insassen etwa 6.500 Gefangene, die aus politischen Gründen einsitzen. Es handelt sich hier in der Hauptsache um Mitglieder der nicht registrierten Parteien *Erk* und *Birlik* (ca. 200) sowie um Personen, die aufgrund ihrer Glaubensüberzeugung inhaftiert sind (ca. 6.300). Unter den Gewissensgefangenen sind ca. 4.200 Mitglieder der *Hizb-ut Tahrir*. Die meisten sitzen im Lager Shazlik in Karakalpakistan ein.

Aufgrund der internationalen Kritik hat die Regierung Institutionen – wie den *Ombudsmann* und das *Nationale Zentrum für Menschenrechte* – geschaffen, die sich für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation im Lande einsetzen sollen.

In Uzbekistan gibt es eine Reihe von unabhängigen Menschenrechtsorganisationen, die aus *Birlik* und *Erk* hervorgegangen sind. Die meisten sind jedoch – mit Ausnahme zweier Organisationen – nicht registriert. Ihre institutionellen und personellen Kapazitäten sind nicht sehr entwickelt.

Mit der Stationierung amerikanischer und deutscher Truppen in Uzbekistan Anfang 2002 begann die Regierung, partiell politische Reformen durchzuführen. Sie erklärte die Zensur offiziell für abgeschafft; gestattete die Publikation einiger kritischer Artikel (z.B. über die Verurteilung von Polizisten wegen Ermordung von Inhaftierten); ließ Sicherheitskräfte wegen Menschenrechtsverletzungen verhaften und verurteilen; setzte ein halbes Jahr mit der Verhaftung der politischen und religiösen Opposition aus und gestattete dem *Internationalen Komitee des Roten Kreuzes* zeitweise den Besuch von uzbekistanischen Gefängnissen. Außerdem wurde der bisher nur im Untergrund operierenden Oppositionspartei *Birlik* für 2003 die Registrierung und die Teilnahme an den Parlamentswahlen in Aussicht gestellt. Dieser

Reformansatz muß im Zusammenhang mit der neuen geostrategischen Bedeutung gesehen werden, die Uzbekistan nach dem 11. September erhalten hat. Es bleibt abzuwarten, inwiefern dieser Ansatz als Teil einer umfassenden Reformstrategie gewertet werden kann.

Tabelle 1: Politische Fakten

Unabhängigkeitserklärung	1.9.1991
Verfassung	8.12.1992
Präsident	Islam Karimov
Letzte Präsidentschaftswahlen	9.1.2000
Beobachtung derselbigen durch die OSZE	nein
Anzahl der Gegenkandidaten	1
Wahlergebnis	92% für Islam Karimov
Nächste Präsidentschaftswahlen (voraussichtlich)	2007

2.2 Außenpolitische Orientierung

Daß Uzbekistan in unmittelbarer Nähe zu politisch ungefestigten, ethnisch oder regional stark untergliederten Nachbarländern wie Afghanistan und Tadschikistan gelegen ist, spielt eine zentrale Rolle in der Sicherheitspolitik Uzbekistans. Präsident Karimov schreibt hierzu: „Uzbekistan ist von Ländern umgeben, die von ethnischen, demographischen, ökonomischen und anderen Problemen belastet sind. Uzbekistan grenzt an einen solchen Herd der Instabilität wie Afghanistan, das von inneren Konflikten zerrissen ist, welche durch religiöse Extremisten, ethnische Gruppierungen, Drogenkartelle und verschiedene Kräfte von außen her angeheizt werden. Außerdem grenzt es an Tadjikistan, wo die Gefahr einer erneuten Eskalation des Bürgerkrieges anhält.“¹⁰ Die Sicherung des eigenen Landes gegenüber Afghanistan und Tadjikistan ist daher oberste Priorität der usbekistanischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie.

Ogleich auch Uzbekistans unmittelbare Nachbarn, Kazachstan, Kirgistan und auch Tadjikistan, Afghanistan als einen die Region destabilisierenden Konfliktherd ausmachten, gelang es den zentralasiatischen Regierungen nicht, sich zu einer Sicherheitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Nicht nur usbekistanisch-kazachistanische Rivalitäten um die Vorherrschaft in Zentralasien, sondern auch ungeklärte Grenzfragen und unterschiedliche außenpolitische Vorstellungen ließen bisher alle Ansätze eines zentralasiatischen Sicherheitsbündnisses im Sande verlaufen. An dieser Stelle sei nur das jüngste Beispiel hierfür angeführt: Im April 2000 rangen sich die Präsidenten Kazachstans, Kirgistans, Uzbekistans und Tadjikistans zu einem Konsens in sicherheitspolitisch relevanten Fragen durch. Sie unterzeichneten in Taschkent einen „Vertrag über gemeinsame Schritte im Kampf gegen Terrorismus, politischen und religiösen Extremismus, internationales organisiertes Verbrechen und andere Bedrohungen der Stabilität und Sicherheit der Staaten“. Dieser Vertrag wurde jedoch – wie viele andere zuvor getroffener Übereinkommen – bisher nicht umgesetzt.

Auf inter-regionaler Ebene verfolgte Uzbekistan das Ziel, seine sicherheitspolitischen Bündnispartner zu diversifizieren und gleichzeitig maximale Handlungsfreiheit in seinem

¹⁰ Karimov, Islam: Uzbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt. Düsseldorf 2000, S. 16

außenpolitischen Agieren zu behalten. Hierbei stand zunächst die Abgrenzung von Rußland im Vordergrund. Daher lehnte es Uzbekistan im Jahr 2000 ab, seine Mitgliedschaft des im Rahmen der *Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten (GUS)* ins Leben gerufenen *Kollektiven Sicherheitsvertrages* zu verlängern und schloß sich der *GUAM* an, die ab dann *GUUAM* hieß.¹¹ Mit diesem mehr oder minder losen Zusammenschluß wollten Georgien, Ukraine, Uzbekistan, Azerbaidjan und Moldawien ein Gegengewicht zu der von Rußland dominierten *GUS* bilden.¹²

Bereits im Frühjahr 2001 schien für Uzbekistan eine Kooperation mit Rußland wieder möglich, jedoch nur im Rahmen einer inter-governementalen Organisation. Es trat der *Shanghai Organisation für Kooperation* bei, der neben Rußland und China auch Kazachstan, Kirgistan, Tadjikistan angehörten. Vor dem 11. September gingen Experten davon aus, daß sich die *Shanghai Organisation* zum führenden sicherheitspolitischen Bündnis in der Region entwickeln würde, dem es gelingen könnte, die fragilen inter-staatlichen Beziehungen zu konsolidieren.

Seit dem Beitritt Uzbekistans und Kirgistans zur Anti-Terror-Koalition scheint jedoch der „Geist von Shanghai“, der eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen, militärpolitischen Vereinbarungen und Wirtschaftsabkommen initiiert hatte, zu erlöschen. Uzbekistan setzt nun in seiner außenpolitischen Orientierung auf die USA als strategischen Sicherheitspartner. Allerdings schließt Uzbekistan nicht aus, daß die *Shanghai Organisation* mittel- bis langfristig wiederbelebt werden könnte, nämlich dann wenn die USA ihr Engagement in Zentralasien reduzieren.¹³

¹¹ Diese Organisation leitet ihren Namen aus den Anfangsbuchstaben der mit ihr assoziierten Länder ab. Dies sind Georgien, Ukraine, Uzbekistan, Azerbaidjan und Moldawien.

¹² Nach zwei Jahren ergebnisloser Diskussionen über Sinn und Zweck der *GUUAM* beschloß Uzbekistan im Sommer 2002, seine Mitgliedschaft in dieser Organisation zu suspendieren.

¹³ Interview mit dem Verteidigungsministerium, Taschkent, 15. November 2002 (**Alle Interviewpartner sind detailliert im Anhang aufgelistet!**).

3. Strukturelle Konfliktursachen und konfliktverschärfende Faktoren

3.1 Politik

Der Verfassung nach ist Uzbekistan eine Präsidentialrepublik. Der Präsident besitzt eine enorme Macht- und Kompetenzfülle (im folgenden: Art. 93 der Verfassung¹⁴). Seine weitreichenden Interventions- und Mitwirkungsbefugnisse stellen ihn über alle anderen Verfassungsorgane. Er ernennt und entläßt die Minister. Er gibt die Richtlinien für die Innen- und Außenpolitik des Staates vor. Er kann das Parlament in seiner legislativen Funktion umgehen, indem er Referenden ansetzt und gegebenenfalls per Dekret regiert. Das in unregelmäßigen Abständen tagende Parlament (*Oli Mazhlis*) besitzt nur eingeschränkte Kontrollbefugnisse. Es kann weder die Regierung noch den Präsidenten mit geeigneten Mitteln ihres bzw. seines Amt entheben. Der Präsident hat das Recht, das Parlament aufzulösen.

Die formalen, in der Verfassung, in Gesetzestexten und Verordnungen festgeschriebenen Institutionen und Verfahren werden durch informelle Strukturen und Praktiken unterlaufen. Regierungsvertreter und Verwaltungsbeamte sind weder ihrem Amt verpflichtet noch loyal gegenüber dem unpersönlichen Buchstaben des Gesetzes oder den geltenden Regeln eines Beamtenethos. Vielmehr sind sie in ein Netzwerk persönlicher Verpflichtungen eingebunden, das sie zu vielfältigen Abhängigkeiten zwingt. Auf der einen Seite sind sie ihrer „Klientel“, sprich: ihrem Clan und ihrer Region, verpflichtet. Auf der anderen Seite sind sie dem jeweiligen „Patron“ bzw. Vorgesetzten verantwortlich, dem sie zu dienen haben.

Das derzeit herrschende politische System ist als neo-patrimoniales¹⁵ System zu bezeichnen, da traditionelle Loyalitäts- und Abhängigkeitsverhältnisse die Legitimationsgrundlage der Herrschaft bilden. Im Mittelpunkt dieses politischen Systems steht der Präsident, der alle politischen Entscheidungen durch ein Netz persönlicher Beziehungen lenkt. Einflußnahme auf politische Prozesse erfolgt weniger über direkte Wahlen, Parteien und Pressure-groups als vielmehr über direkte persönliche Kontakte und Beziehungen.

Kurzfristig konfliktmindernde Faktoren: Diese informellen Strukturen und Praktiken fördern keineswegs die Durchsetzung demokratischer Prinzipien und Verfahren. Jedoch vermindern sie die bestehenden Leistungsdefizite der sich im Wandel befindenden Institutionen, ja ermöglichen überhaupt das Funktionieren des Staates, da formale Institutionen und Strukturen versagen. Kurzfristig scheinen diese informellen Strukturen und Praktiken ein stabilisierendes Moment darzustellen.

Mittelfristig konfliktverschärfende Faktoren: Mittel- und langfristig hingegen könnten sie jedoch zur Destabilisierung des politischen Systems beitragen, da *good governance*-Mechanismen nicht gestärkt werden.

¹⁴ Konstitucija respubliki Uzbekistan, in: Konstitucii stran SNG, Almaty 1999, S. 338-262

¹⁵ Der Begriff Patrimonialismus wurde ursprünglich auf afrikanische Staaten angewandt. Siehe dazu: Eisenstadt, S. N.: Traditional Patrimonialism and Modern Neo-Patrimonialism. Beverly Hills/London: Sage Publications 1973; Pawelka, Peter: Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten, Hädelsberg: CF Müller-Verlag UTB 1985

3.2 Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung Uzbekistans ist durch zahlreiche Faktoren in ihrer Entwicklungskraft gebremst. Entwicklungshemmend ist der Umstand, daß Uzbekistan ein doppeltes Binnenland ist, d.h. es weder einen direkten noch einen indirekten (über Nachbarstaaten) Zugang zum Meer hat. Es ist daher von dem derzeit wichtigsten Transportweg, dem Meer, abgeschnitten. Die Kosten für jeden Warentransport von und zu den Meeren sind ausgesprochen hoch. Aus diesem Grunde sind uzbekistanische Waren auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig.

Darüber hinaus ist die heutige wirtschaftliche Lage wesentlich beeinträchtigt durch den Wegfall der innersowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Zu Sowjetzeiten war Uzbekistan Exporteur von Rohstoffen (v.a. Baumwolle, Gold) und Importeur von Fertigprodukten (v.a. Textilwaren). Nach der Unabhängigkeit gingen diese Wirtschaftsbeziehungen zurück. Der militärisch-industrielle Komplex brach zusammen. Viele Großbetriebe erwiesen sich nicht als konkurrenzfähig und stellten ihre Produktion ein. Die uzbekistanische Wirtschaft konzentrierte sich auf die Ausbeutung von mineralischen Rohstoffen und den Anbau von agrarischen Produkten (siehe dazu Tabelle 2).

Tabelle 2: Rohstoffe

Agrarische Rohstoffe	Baumwolle, Trockenobst, Gemüse, Tabak, Seidenraupen- und Schafzucht
Mineralische Rohstoffe	Erdgas, Erdöl, Braunkohle, Edelmetalle (Gold), Eisenerz, Zink, Kupfer, Zinn, Blei, Wolfram, Uran, Schwefel

Quelle: ifo-Institut: Wirtschaftslage und Reformprozesse in den Ländern Zentralasiens unter dem Einfluß des Afghanistankrieges, München 2002, S. 73f

Daraufhin begann die uzbekistanische Regierung eine Industrialisierungspolitik der Imports substitution, die zu einer stärkeren Versorgung des Binnenmarktes mit uzbekistanischen Produkten und zur Diversifizierung der Exporte führen sollte. Diese Politik war jedoch nicht in allen Punkten erfolgreich. Sie hatte auch folgende negative Auswirkungen auf die Wirtschaft:

- Einige der neu aufgebauten Industrien (z.B. UzDaewoo) erwiesen sich nicht als konkurrenzfähig. Die Investitions- und Produktionskosten ihrer Produkte überstiegen bei weitem die Einnahmen. Der Absatzmarkt für die gefertigten Produkte erwies sich zu klein und die Käufer nicht als zahlungskräftig.
- Eine Exportdiversifizierung gelang nicht im gewünschten Maße. Nach wie vor sind Baumwolle (2000: 28% aller Exportgüter), Energieträger (10%) sowie Schwarz- und Buntmetalle (7%) Hauptexportgüter. Uzbekistan ist daher weiterhin von der Preisentwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten abhängig.
- Uzbekistan konnte nicht in dem Umfange, wie angedacht, seine Handelspartner diversifizieren. Wichtigste Wirtschaftspartner sind nach wie vor die ehemaligen sowjetischen Republiken, wohin Uzbekistan 2001 ca. 35% aller Exporte lieferte und woher es ca. 38% aller Importe bezog.

- Das von der Regierung eingeführte Wechselkurssystem förderte einseitig prioritäre Wirtschaftszweige (z.B. Baumwollwirtschaft, Auto- und Textilindustrie).

Die Schließung der Basare – Teil der importsubstituierenden Regierungsstrategie

Im Sommer 2002 setzte die Regierung die Steuern besteuerte Importwaren mit 90%, führte die Zertifizierung für Importwaren ein und erhöhte die Standgebühren auf den Basaren. Daraufhin protestierten die Händler in ganz Uzbekistan. In Taschkent kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften, infolge dessen drei Personen starben. Im Fergana-Tal und nordwestlichen Nukus traten die Händler in einen einwöchigen Streik. Heute sind die Basare leer, es gibt kaum noch Importwaren (v.a. Textilien, Konsumwaren, Nahrungsmittel).

Der Handel in Uzbekistan ging daraufhin deutlich zurück. Viele Uzbekistaner fuhren ins nahegelegene Ausland (Kazachstan, Kirgistan), um sich dort mit billigen Waren einzudecken. Der für die usbekistanische Volkswirtschaft entstandene Verlust wurde auf mehrere Hundertmillionen US-Dollar pro Monat geschätzt. Dies veranlaßte die usbekistanische Regierung Ende 2002 zu strikteren Grenzkontrollen. Die „Schließung“ der Grenzen trifft insbesondere die armen Bevölkerungsschichten, die sich bisher ihr Überleben durch Handel sicherten und/oder sich mit billigen Importwaren auf den usbekistanischen Märkten versorgten.

Noch nicht ganz abgeschlossen ist die Privatisierung in den wirtschaftlich entscheidenden Bereichen (v.a. Energiewirtschaft, Metallurgie). In der mittleren und Großindustrie wurde zwar eine „Entstaatlichung“ durchgeführt, d.h. die Betriebe wurden in Aktiengesellschaften umgewandelt. Der Staat behielt jedoch einen bedeutenden Aktienanteil. Bis Ende der 1990er Jahre wurden zwar alle kleinen Unternehmen privatisiert. Der Staat sicherte sich jedoch auch hier durch ein ausgeklügeltes Kontrollsystem und ausführliches Berichtswesen weitgehende Interventionsrechte.¹⁶

In der Landwirtschaft wurden kleine private Wirtschaften zugelassen. Allerdings bewirtschaften diese Einzelbauern nach wie vor staatlichen Boden und müssen 50% ihrer Produktion zu staatlich fixierten Preisen, die bis zu zwei Dritteln unter dem Weltmarktpreis liegen, abliefern. Angesichts dieser Fakten sind die offiziellen Zahlen für 2001 kritisch zu beurteilen, die angeben, daß der Privatsektor ca. 74% zum BIP beitrug und hierbei 70% in der Industrie- und 99% in der Agrarproduktion erbrachte (weitere Wirtschaftsindikatoren siehe Tabelle 3).

Seit Anfang 2002 zeichnet sich die Möglichkeit einer Kursänderung der derzeitigen Wirtschaftspolitik ab. Im April kündigte der Präsident ein Zehn-Jahres-Programm für strukturelle Transformationen des Wirtschaftssektors an (insbesondere: Finanz- und Bankreform). Der IMF hat immer wieder Reformen angemahnt. Seiner Ansicht nach müßte das Preis- und Wechselkursregime liberalisiert, die Kontrolle des Außenhandels abgebaut und das Bankensystem neu strukturiert werden. Bisher hat die Regierung allerdings nur einige weni-

¹⁶ So haben Kleinunternehmen jeden Abend ihren Bargeldbestand an einen Behördenvertreter abzuliefern. Jeden Monat müssen sie dem Staat ausführlich über sämtliche unternehmerische Transaktionen berichten. Dieser Bericht nimmt allein zwei Arbeitstage pro Monat in Anspruch.

ge Schritte in Richtung auf Konvertibilität vollzogen. Weitere wichtige Schritte stehen jedoch noch aus. Die usbekistanische Führung behält sich vor, den richtigen Zeitpunkt für eine grundsätzliche Reform der Fiskal- und Geldpolitik zu bestimmen. Durch voreilige Schritte sieht sie die Stabilität des Landes gefährdet.

Tabelle 3: Wirtschaftindikatoren 2000

BIP (laufende Preise)	13,3 Mrd. USD
BIP pro Kopf nach amtl. Wechselkurs	447 USD
BIP-Entstehung (Anteil in %)	Landwirtschaft 30,4; Industrie 13,8; Bauwesen 6,1; Handel, Reparaturservice 9,5; Transport, Lagerhaltung, Kommunikation 8,1; Sonstige 32,1
Handelsbilanzsaldo (nominal)	+317 Mio. USD
Ausländische Direktinvestitionen	150 Mio. USD

Quelle: bfai: Ostmittel- und Osteuropa im Integrationsprozeß. Transformation und Wirtschaftslage in Ostmitteleuropa und der GUS 2001/2002. Berlin 2002, S. 186ff

Kurzfristig konfliktmindernde Faktoren: Derzeit befindet sich Uzbekistan inmitten einer Wirtschaftskrise, die u.a. verschlechternde Terms of Trade¹⁷ ausgelöst haben. Die Bevölkerung reagiert auf die angespannte wirtschaftliche Lage bereits gereizt, wie die Proteste bei der Schließung der Basare zeigten. Allerdings ist die Toleranzschwelle der Bevölkerung noch nicht überschritten.

Mittel- bis langfristig konfliktverschärfende Faktoren: Weitere Rückgänge in der Industrie- und Agrarproduktion sind nicht auszuschließen, wenn sich die Regierung nicht zu umfassenden makroökonomischen (z.B. Konvertierung des Sum) und strukturellen Reformen (z.B. Beendigung der Importsubstitution) entschließt. Diese Produktionsrückgänge könnten dann zu einem Anwachsen der Arbeitslosenzahlen und somit auch des sozialen Konfliktpotentials führen.

¹⁷ Terms of Trade stellen das in gleichen Währungseinheiten ausgedrückte Preisverhältnis zwischen Exporten und Importen dar. Terms of Trade spielen insbesondere eine Rolle im Verhältnis zwischen den Industriestaaten und Entwicklungsländern. Sie zeigen die sich verschlechternden Chancen der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern auf.

3.3 Soziales

Der Lebensstandard der Bevölkerung ist seit der Unabhängigkeit deutlich gesunken. Gemäß dem *Human Development Index* der Vereinten Nationen, in dem die Faktoren Lebensdauer bei Geburt, Alphabetisierungsrate der erwachsenen Bevölkerung sowie Anteil der Schüler und Studenten in der Altersgruppe von sechs bis 24 Jahren sowie BIP pro Kopf nach Kaufkraftparität zusammengefaßt sind, ist Uzbekistan von Platz 91 (1991) auf Platz 99 (2000) zurückgefallen.¹⁸

Zunächst suchte die Regierung die von den Sowjets gesetzten – im Vergleich zu anderen Dritte Welt-Ländern relativ – hohen Standards im Gesundheits- und Bildungswesen beizubehalten. Aufgrund eines zunehmenden Haushaltsdefizits sah sie sich jedoch gezwungen, graduelle Reformen im Sozialbereich einzuführen. Subventionen wurden abgebaut, Leistungs- und Vorsorgeansprüche entzogen, Benutzergebühren für den sozialen Dienstleistungssektor erhoben.

Heute ist die medizinische Versorgung nicht mehr flächendeckend und auch nicht mehr kostenfrei. Bildung wird immer mehr zu einem Luxusgut. Kinder aus armen Familien haben kaum mehr eine Chance, eine gute und umfassende Ausbildung zu erhalten, da sie nicht über das entsprechende Geld verfügen, um sich Kleidung und Bücher zu kaufen bzw. um die notwendigen Studiengebühren zu entrichten. Die Lehrer in den staatlichen Schulen sind demotiviert, ihr Gehalt ist niedrig (ca. 12 USD¹⁹). Viele quittieren ihren Dienst. Daher herrscht akuter Lehrermangel. Die Klassen werden immer größer. Schon jetzt umfassen sie bis zu 50 Schüler. Die Unterrichtsqualität leidet. Wissen – geschweige denn praxisorientiertes Wissen – wird kaum vermittelt.

Die soziale Differenzierung nimmt immer mehr zu. Die Einkommensspanne zwischen Arm und Reich wird größer. Der durchschnittliche Monatslohn lag 2002 bei 19.000 Sum bzw. 18 USD / Schwarzmarktkurs. Die Entlohnung schwankte stark zwischen den verschiedenen Branchen. Die höchsten monatlichen Durchschnittslöhne wurden für Finanz- und EDV-Dienstleistungen bezahlt (ca. 54.000 Sum), die niedrigsten Löhne in der Landwirtschaft (ca. 11.000 Sum).²⁰

Die Zahl der Arbeitslosen ist steigend. Offiziell spricht die Regierung zwar von Vollbeschäftigung. 2002 waren ihren Angaben zufolge ca. 49.000 Personen als Beschäftigungslos registriert, was einer Arbeitslosenquote von 0,5% entspricht. EIU und IWF hingegen gehen von einer verdeckten Arbeitslosigkeit von 10% bis 14% aus.²¹ Wie kommt es zu dieser Diskrepanz? Die Regierung ist bestrebt, durch gezielte Arbeitsmarktprogramme „Vollbeschäftigung“ zu erzielen. In den 1990er Jahren attrahierte sie ausländische Investitionen für die Errichtung neuer Industrien (ein Autowerk, eine Erdöl-Raffinerie, mehrere Textilbetriebe). Diese hoch spezialisierten Betriebe absorbierten jedoch nur wenige Arbeitskräfte.

Heute wird immer deutlicher, daß der Staat die wachsende Zahl der Schul- und Hochschulabgänger nicht mehr durch Arbeitbeschaffungsmaßnahmen einer regulären Beschäftigung (siehe hierzu nachstehenden Schaukasten) zuführen kann. Das Regierungsziel „Vollbeschäftigung“ ist nicht mehr zu halten. Die schwierige Arbeitsmarktsituation trifft insbesondere Frauen und Jugendliche.

¹⁸ Zum Vergleich: Kazachstan lag 1991 auf Platz 61 und 2000 auf Platz 75, Tadjikistan 1991 auf Platz 97 und 2000 auf Platz 103. Deutschland war im Jahr 2000 auf Platz 17. Siehe: www.undp.org/hdr2001

¹⁹ Zum Überleben braucht eine Einzelperson fast das Doppelte.

²⁰ Angaben des ifo-Institut, München 2002.

²¹ bfai (Hrsg.): Ostmittel- und Osteuropa im Aufholprozeß. Transformation und Wirtschaftslage in Ostmitteleuropa und der GUS 2000/2001. Berlin 2001, S. 195

Wer ist arbeitslos?

Jemand,
 der nicht beim Staat angestellt ist;
 der keiner dauerhaften, regelmäßigen Arbeit nachgeht;
 der nicht gemäß seiner Ausbildung/Spezialisierung arbeiten kann und gezwungen ist, niederqualifizierte Arbeiten anzunehmen;
 der keinerlei Beschäftigung hat.

Quelle: Antworten der Interviewpartner während der Feldphase

Wie reagiert die Bevölkerung auf die zunehmende soziale Schieflage, auf den Abbau im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit?

- Die meisten konzentrieren sich auf Subsistenzwirtschaft. Sie bauen auf gepachtetem Land Obst, Gemüse und Getreide an, um ihr Überleben zu sichern.
- Viele Jugendliche flüchten sich in Drogen. 2001 waren 18.000 Personen als Drogenabhängige offiziell registriert, davon waren 79% Jugendliche. Experten-Schätzungen gehen davon aus, daß die Zahlen weit höher liegen (siehe untenstehenden Schaukasten).²²

Drogenkonsum und -handel

Die Drogenproduktion in Afghanistan ist wieder auf dem Höchstniveau der 1990er Jahre angelangt. 2002 wurden ca. 7.400 ha angebaut, daraus wurden 3.600 Tonnen Opium gewonnen. Zwischen Uzbekistan und Afghanistan blüht das Drogengeschäft. Uzbekistanische Drogenhändler liefern nach Afghanistan die chemischen Zusätze für Gewinnung von Heroin. Afghanistanische Drogenhändler liefern im Gegenzug billiges Heroin für die immer größer werdende Zahl der Drogenkonsumenten in Uzbekistan. Gleichzeitig ist Uzbekistan Transitland für hochwertiges Heroin, das aus Afghanistan nach Europa geliefert wird.

Quelle: Interview mit UNDCCP, Taschkent

- Ganze Familien verlassen das Land und ziehen in die Städte. In Nukus, wo die Zahl der Ökoflüchtlinge besonders hoch ist, entstehen bereits erste Slums.²³
- Viele Personen, die im Grenzgebiet leben, gehen illegalen Wirtschaftsaktivitäten (Waren- und Benzinschmuggel, Drogen- und Waffenhandel) nach.
- Viele Männer begeben sich für Saisonarbeiten in die Nachbarländer Kirgistan, Kazachstan und Rußland.
- Eine wachsende Zahl von jungen Leuten entscheidet sich für die Emigration. Umfragen zufolge wollen ca. 10% der jungen Bevölkerung Uzbekistan für immer verlassen.²⁴ 2002 beantragten täglich 300-400 Personen die rußländische²⁵ Staatsbürgerschaft.

²² Interview mit UNDCCP, Taschkent, 15. November 2002

²³ Interview mit UNHCR, Taschkent, 7. November 2002

- Immer öfter macht sich die Bevölkerung – ob im Bus oder Taxi, auf dem Basar oder im Restaurant – ihrer angestauten Frustration Luft und äußert ihren Ärger über die schlechte sozio-ökonomische Lage. Einige wenige gehen auf die Straße und demonstrieren – wie im Sommer 2002 – gegen die Schließung von Basars.

Daß es bisher noch nicht zu massiven sozialen Protesten gekommen ist, ist im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen. Erstens versucht die Regierung im Rahmen staatlicher Programme die Infrastruktur gerade in den ländlichen Gebieten, wo über 60% der Bevölkerung leben, zu verbessern. Sie fördert den Wohnungsbau, unterstützt den Ausbau der Gas- und Wasserleitungsnetze, baut Berufsschulen und Krankenhäuser. Zweitens nutzt sie die *Mahalla*, i.e. das usbekische System der Nachbarschaftssolidarität, um soziale Spannungen durch gezielte Zuteilung von kommunalen Vergünstigungen (v.a. Renten, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung) abzubauen.

Das System der *Mahalla*

1993 wandelte die Regierung per Gesetz die bis dato informell bestehenden *Mahallas*, die usbekischen Nachbarschaftsgemeinschaften, in Selbstverwaltungsinstitutionen um. Nun verwaltet ein Komitee die *Mahalla*. Das Komitee besteht aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und einem Sicherheitschef. Es wird laut Gesetz von der Bevölkerung gewählt; de facto aber von dem *Hokim*, dem örtlichen Bürgermeister, eingesetzt.

Die Aufgabe des *Mahalla*-Komitees ist es, kleinere Rechtsfragen (z.B. Nachbarschaftsstreitigkeiten, Scheidungen) zu schlichten, sozial schwache *Mahalla*-Mitglieder (v.a. kinderreiche Familien, alleinstehende Frauen) zu unterstützen und Festivitäten auszurichten.

Aufgabe des *Mahalla*-Komitees ist es aber auch, den Lebenswandel der *Mahalla*-Mitglieder zu überwachen. So wird genau registriert, ob Kinder rechtzeitig in die Schule gehen, ob Jugendliche verbotenen Aktivitäten (z.B. Drogenkonsum, Mitgliedschaft in einer islamistischen Gruppierung) nachgehen oder ob sich Fremde nachts in der *Mahalla* aufhalten.

Die Kontrolle des Komitees ist insbesondere in *Mahallas* auf dem Lande sowie im Fergana-Tal umfassend. In den Plattenbauten in Taschkent ist die Kontrolle aufgrund der hohen Fluktuation deutlich schwächer.

Quelle: Interviews mit *Mahalla*-Mitgliedern in Andijan, Namangan und Taschkent

Kurzfristig konfliktmindernde Faktoren: Bisher gibt es kaum offene Formen des sozialen Protestes, jedoch viele Formen des indirekten Protestes. Die einen suchen ihr Überleben in der Subsistenzwirtschaft zu sichern. Andere flüchten sich in Drogen. Wieder andere entscheiden sich für die Emigration. Einen wichtigen Beitrag zur Konfliktminderung liefert das von der Regierung geförderte System der lokalen Selbstverwaltung (*Mahalla*).

Mittel- bis langfristig konfliktverschärfende Faktoren: Die Bevölkerung Uzbekistans wird in den nächsten Jahren beträchtliche Einschnitte im Sozialsystem hinnehmen müssen. Der Lebensstandard wird weiter sinken. Die Arbeitslosigkeit wird zunehmen. Eine kleine Oberschicht, die gute Kontakte zu Regierung, Verwaltung und Wirtschaft unterhält, wird sich

²⁴ Interview mit Ijtimoy Fikr Social Center of the Republic of Uzbekistan, Taschkent, 13. November 2002

²⁵ Der Begriff „Rußländisch“ verweist auf den Staat Russische Föderation, der Begriff „Russisch“ auf die Ethnie / die Sprache.

bereichern. Weite Teile der Bevölkerung werden verarmen. All diese Faktoren werden dazu beitragen, daß das soziale Konfliktpotential anwächst.

3.4 Ökologie

Nicht nur die soziale Desintegration ist ein potentieller Konfliktfaktor, auch Wasser und Land stellen Stabilitätsrisiken dar. Uzbekistan gehört zum passatisch bedingten Trockengürtel, der sich von Marokko bis nach Afghanistan erstreckt. Aufgrund dieser naturgeographischen Gegebenheiten sind die bewohnbaren Landesteile beschränkt. Weite Landesteile sind von Steppe, Wüste oder Hochgebirge bedeckt und somit unbewohnbar. Die Bevölkerung ist an Flüssen oder Gebirgsnähe konzentriert.

Aus diesem Grunde ist die Einwohnerzahl pro km² Staatsfläche weitaus geringer als die Einwohnerzahl pro km² tatsächlich bewohnbarer Fläche. So weist Uzbekistan eine offizielle Einwohnerdichte von 57 (zum Vergleich: Deutschland 230), jedoch faktisch eine Einwohnerdichte von 488 Einwohner pro km² auf. Das Faktum, daß die bewohnbare Fläche in Uzbekistan begrenzt ist, trägt Brisanz insofern in sich, als das Bevölkerungswachstum in Uzbekistan hoch ist. Jährlich wächst die Bevölkerung um 1,6%.²⁶

Aber nicht nur die bewohnbare Fläche, auch die landwirtschaftlich nutzbare Fläche ist äußerst gering. In dem Wüstenstaat Uzbekistan können nur 9% des gesamten Territoriums (ca. 40.000 km²) für den Anbau agrarischer Produkte genutzt werden. Die darüber hinaus genutzten Agrarflächen müssen künstlich bewässert werden. Auf den meisten landwirtschaftlichen Flächen wird die besonders wasserintensive Baumwolle angebaut. Daher ist die Landwirtschaft der größte Wasserverbraucher in ganz Uzbekistan. 93% des verfügbaren Wassers werden durch sie absorbiert. Lediglich 7% werden von Industrie und Kommunalwirtschaft verbraucht. Das derzeit bestehende Bewässerungssystem ist veraltet. Von der Quelle bis zum Feld gehen 40% des Wassers verloren; im Nordwesten sogar 50%.²⁷

Der hohe Wasserverbrauch in der Landwirtschaft ist insofern problematisch, da die zur Verfügung stehenden Wasserressourcen immer knapper werden. Wasserlieferanten sind in Zentralasien allein die Gebirgsstaaten Kirgistan und Tadjikistan. Zwar besitzen beide Staaten reiche natürliche Wasserressourcen in ihren unzähligen Flüssen und Seen, ewigen Eisfeldern und Gletschern. Jedoch liefern beide Staaten nicht immer regelmäßig und ausreichend Wasser. Uzbekistan hat daher bereits jetzt erhebliche Wasserprobleme. Nicht nur Wasser zur Irrigation von landwirtschaftlichen Flächen ist rar, auch Trinkwasser ist knapp. Ursächlich hierfür sind nicht nur wirtschaftliche Fehlplanungen und Fehlentscheidungen der sowjetischen Führung, sondern auch mangelnder politischer Konsens der postsowjetischen Herrschaftseliten sowie Untätigkeit der internationalen Gemeinschaft.²⁸

Wasser bietet Konfliktpotential auf folgenden Ebenen:

1. auf lokaler Ebene: Insbesondere die Gebiete Karakalpakistan und Chorazm leiden unter akutem Wasserdefizit (siehe hierzu auch den nachstehenden Beitrag zur „Krisenregion Karakalpakistan“). Dort gibt es weder ausreichend Irrigations- noch Trinkwasser. Es ist nicht

²⁶ Zum Vergleich: Kazachstan -0,4%, Kirgistan +0,6%, Tadjikistan +1,5%, Turkmenistan +1,8%, Deutschland +0,1%. Siehe: Harenberg Aktuell 2003, in: www.aktuell-lexikon.de

²⁷ Interview mit International Fund of Ecology and Health „Ecosan“, Taschkent, 16. November 2002

²⁸ Weltbank, IWF, OSZE u.a. haben bereits eine Reihe von Konferenzen zum Thema Aralsee veranstaltet. Auf all diesen Konferenzen wurden zahlreiche Aktionspläne verabschiedet, jedoch nie umgesetzt.

ausgeschlossen, daß die Bevölkerung, wenn keine merkliche Verbesserung der Wassersituation eintritt, auf die Straße geht und die örtlichen Behörden für die Misere verantwortlich macht.

2. auf innerstaatlicher Ebene: Die Gebiete am Oberlauf der Flüsse (v.a. Fergana-Tal) erhalten relativ viel und qualitativ gutes Wasser. Hingegen erhalten die Gebiete am Unterlauf der Flüsse quantitativ wenig und qualitativ schlechtes Wasser (v.a. Chorazm, Karakalpakistan). Diese Diskrepanz könnte zu Konflikten zwischen den einzelnen Gebieten Uzbekistans führen.

3. zwischen Bevölkerung und Regierung: Die Wasserversorgung der Bevölkerung, insbesondere auf dem Land, kritisch. Wo es noch fließend Wasser gibt, ist das Wasser nicht ausreichend aufbereitet. Wo es kein fließendes Wasser mehr gibt, muß Wasser angeliefert werden. Krankheiten (v.a. Hepatitis, Darm-Magen-Erkrankungen) nehmen zu. Es ist nicht auszuschließen, daß die Bevölkerung eines Tages die Regierung für die schlechte Wasserversorgung zur Rechenschaft ziehen will.

4. auf zwischenstaatlicher Ebene: Regelmäßig, immer dann wenn in Zentralasien die kälteste Zeit des Jahres beginnt, stoppt Uzbekistan seine Gaslieferungen an Kirgistan, um Kirgistan zur Begleichung seiner hohen Gasschulden zu zwingen. Die kirgistanische Bevölkerung reagiert daraufhin mit einem gesteigerten Bedarf an Elektroenergie, die durch Wasserkraftwerke gewonnen wird. Hierfür wird u.a. das Wasser des Toktoguler Speichersees abgelassen, der eigentlich im Sommer über seine Abflüsse den usbekistanischen Teil des Fergana-Tals beliefern sollte. So werden im Winter – und nicht im Sommer – weite Teile des Fergana-Tals bewässert, was nicht im Sinne Uzbekistans ist. Dieser Gas-Wasser-Konflikt wurde zwischen Uzbekistan und Kirgistan bisher stets auf höchster politischer Ebene gelöst. Doch könnte eines Tages dieser Konflikt auch militärisch ausgetragen werden.

Kurzfristig konfliktmindernde Faktoren. Daß es bisher noch zu keinen ernsthaften Wasserkonflikten gekommen ist, ist im wesentlichen auf folgende Faktoren zurückzuführen: Die Regierung hat ein Programm zum Bau von Wasserleitungen, Speicherseen und Kanälen sowie zur Verbesserung des Irrigationssystems aufgelegt. Bevölkerung und örtliche Regierungsvertreter regeln Wasserkonflikte auf informelle Weise. Internationale Organisationen (z.B. *Mercy Corps*) tragen – lokal begrenzt – zu einer Verbesserung der Wasserversorgung bei.

Mittel- bis langfristig konfliktverschärfende Faktoren. Da jedoch all die oben genannten Maßnahmen nur kurzfristig konfliktentschärfend wirken und die Umleitung der sibirischen Flüsse nach Uzbekistan sicherlich nicht in den nächsten Jahren erfolgen wird²⁹, ist nicht auszuschließen, daß das zunehmende Defizit an Wassermenge sowie an qualitativ gutem Wasser zu einem der genannten Konflikte führen wird.

²⁹ Dies ist der Vorschlag des International Fund of Ecology and Health „Ecosan“, Interview in Taschkent, 16. November 2002.

Karte 2: Bewässerte Agrarflächen in Zentralasien



Quelle: Julia Bucknall u.a.: Irrigation in Central Asia, Washington: World Bank Report 2003

Krisenregion Aralsee

Ein ausgesprochenes Krisengebiet in sozialer und ökologischer Hinsicht ist die Region um den Aralsee. Bedingt ist dieser Tatbestand durch wirtschaftliche Fehlplanungen und Fehlentscheidungen der sowjetischen Führung, die von der unbegrenzten Verfüg- und Nutzbarkeit der Boden- und Wasserressourcen ausging.

Seit den 1960er Jahren wurde für den Anbau von Baumwolle und Reis aus den beiden Zuflüssen des Aralsees, dem Amudar'ja und Syrdar'ja, extensiv Wasser entnommen. Infolgedessen erhielt der Aralsee immer weniger Wasser (1960: ca. 1.000 km³; 1997: ca. 190 km³). Sein Wasserspiegel senkte sich dramatisch ab (1960: ca. 53m, 1997: ca. 35m) und seine Fläche verkleinerte sich um mehr als die Hälfte (1960: ca. 67.000 km²; 1997: ca. 30.000 km²). Stellenweise ging das Ufer um über 100 km zurück.

Das ökologische Gleichgewicht nicht nur des Aralsees, sondern der gesamten Region wurde schwerwiegend geschädigt. Der Aralsee ist versalzen. Die Vegetation in den Delta-bereichen der beiden Zuflüsse ist zerstört. Das regionale Klima verändert sich. Salz-, Staub- und Sandstürme treten verstärkt auf.

Betroffen von dem „stummen Cernobyl“, wie die Aralsee-Katastrophe genannt wird, ist vor allem die Bevölkerung in Karakalpakistan. Wesentliche Beschäftigungszweige sind kollabiert. Fischerei, Jagd und Schifffahrt sind eingestellt worden. Viele Menschen sind bereits weggezogen. Von den verbleibenden Anwohnern sind viele arbeitslos.

Die Agrarproduktion retardiert. Die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen reduzieren sich jährlich. Die angebauten Produkte sind von zweifelhafter Qualität. Durch jahrelange Überdüngung wurden Agrarflächen und Grundwasser hochgradig toxisch kontaminiert. Infolge dessen finden sich in vielen landwirtschaftlichen Erzeugnissen relativ hohe Anteile an Pflanzenschutzmitteln.

Wesentlich belastet wird die soziale Situation der Menschen durch die rückständigen sanitär-hygienischen Verhältnisse, die zu einer Häufung infektiöser Erkrankungen, insbesondere des Magen- und Darmtraktes sowie der Atemwege, beigetragen haben.

Seit Mitte der 1970er Jahre registrieren die usbekistanischen Behörden überproportional viele Fälle von Tuberkulose, Hepatitis, Typhus und Cholera. Vereinzelt sind bereits Erkrankungen an Beulenpest aufgetreten. Die Behörden führen dies nicht nur auf die toxische Verseuchung von Nahrungsmitteln, sondern auch auf die niedrige Wasserqualität zurück.

Soziales Konfliktpotential bieten in der Aralsee-Region aber nicht nur die relativ hohe Arbeitslosigkeit, die unzureichende Gesundheitsfürsorge und die mangelnde medizinische Betreuung, sondern auch die zunehmende Wasserknappheit. Infolge der seit drei Jahren anhaltenden Dürre ist das Wasser zur Irrigation der Anbauflächen knapp geworden. Die Bevölkerung kann nicht mehr über Subsistenzwirtschaft ihr Überleben sichern. In einigen Gebieten hat die *Welthungerhilfe* bereits eine Hungersnot registriert.

3.5 Politischer Islam

Die usbekistanische Regierung sieht im politischen Islam die Hauptbedrohung für die innere wie äußere Sicherheit des Landes. Für die Politisierung des Islam macht sie zwei Gruppierungen verantwortlich: die *Islamische Bewegung Uzbekistans* und die *Hizb-ut Tahrir al Islami* (Islamische Freiheitspartei).³⁰

Der *Islamischen Bewegung Uzbekistans* gehören vornehmlich Uzbeken an, die Mitte der 1990er Jahre infolge ihrer massiven Verfolgung durch die usbekistanischen Behörden das Land verlassen haben. Diese kämpften im tadjikistanischen Bürgerkrieg auf Seiten der Opposition. Nach Abschluß des Friedensvertrages in Tadjikistan im Jahr 1997 formierten sie sich als *Islamische Bewegung Uzbekistans*. Die *Bewegung* verlegte ihre Stützpunkte in die staatlich nicht kontrollierten Gebiete Osttadjikistan sowie nach Afghanistan.

Von dort aus führte sie in den folgenden Jahren verschiedenste Operationen in Uzbekistan durch – mit dem Ziel, den Sturz des usbekistanischen Regimes herbeizuführen und ein *Kalifat*, i.e. einen islamischen Gottesstaat, in Zentralasien zu etablieren. So verübte die *Bewegung* 1997/8 Anschläge auf Verwaltungskader im Fergana-Tal. Im Sommer 1999 und 2000 drang sie von Afghanistan aus nach Kirgistan und Uzbekistan ein, besetzte Dörfer und nahm Geiseln. Nur mit massivem militärischen Aufwand konnte sie zurückgeschlagen werden.

Die *Islamische Bewegung Uzbekistans* weist alle Charakteristika einer terroristischen Organisation auf, weshalb sie auch im August 2000 vom amerikanischen Außenministerium als solche eingestuft wurde. Sie hat eine moderne Führungsstruktur. Ihre Hierarchien sind flach. Ihre Mitglieder sind nur lose miteinander vernetzt.³¹ Die *Islamische Bewegung Uzbekistans* unterhielt – zumindest bis zum September 2001 – finanzielle und logistische Unterstützung durch die Taliban, durch verschiedene überregional agierende islamistische Netzwerke (z.B. Al-Quaida) sowie durch die usbekische Diaspora in Saudi-Arabien.

Das von ihr vertretene Weltbild (Errichtung eines *Kalifats*) ist keineswegs klar definiert, es entbehrt jeder programmatischen Ausgestaltung. So gibt es kein Konzept für den Fall, daß die *Bewegung* tatsächlich die Macht in Uzbekistan erringt. Daher ist vielmehr anzunehmen, daß die *Islamische Bewegung Uzbekistans* mit ihren Operationen in Uzbekistan vielmehr eine Kommunikationsstrategie verfolgt: nämlich zu zeigen, daß die usbekistanische Regierung weder die innere noch die äußere Sicherheit des Landes gewährleisten kann und daß alle von ihr unternommenen Maßnahmen zur Bekämpfung von „Islamisten“ und „Terroristen“ erfolglos sind.

Seit Mitte der 1990er Jahre operiert eine aus der Geschichte des Mittleren Ostens bekannte islamistische Partei in Uzbekistan. Es handelt sich hier um die *Hizb-ut Tahrir al Islami* (Islamische Freiheitspartei), die 1952 durch Abspaltung von den *Muslimbrüdern* unter Palästinensern in Jordanien entstanden war und sich nachfolgend in verschiedenen islamischen Ländern im Untergrund ausbreitete.³² In Uzbekistan konzentrierte sie sich zunächst auf das Fergana-Tal. Heute ist sie in allen Landesteilen tätig. Die *Hizb-ut Tahrir* rekrutiert ihre Mitglieder keineswegs in den politisch und religiös unaufgeklärten Bevölkerungsschichten, sondern auch in gebildeten Kreisen. Auch Regierungsvertreter sollen ihr bereits angehören.

³⁰ Siehe dazu: Rashid, Ahmed: *Jihad. The Rise of Militant Islam in Central Asia*. New Haven / London: Yale University Press 2002, S. 115ff, 137ff; International Crisis Group: *The IMU and the Hizb-ut-Tahrir: Implications of the Afghanistan Campaign*, Osh/Brussels 2002

³¹ Ihr gehören einige hundert bis tausend Kämpfer an, die vornehmlich aus den weniger gebildeten Bevölkerungsschichten Uzbekistans stammten.

³² In Deutschland ist die *Hizb-ut Tahrir* im Januar 2003 verboten worden.

Schätzungen sprechen von bis zu 10.000 Anhängern. Davon befinden sich derzeit ca. 4.500 im Gefängnis.³³ Das Ziel der *Hizb-ut Tahrir* ist – im Gegensatz zur *Islamischen Bewegung Uzbekistans* – klar definiert und konzeptionell fundiert. Die Partei strebt in Zentralasien die Etablierung eines *Kalifats*, i.e. eines islamischen Staates, an. Zentrum soll das Fergana-Tal sein. Nach ihren eigenen Äußerungen sucht die *Hizb-ut Tahrir* dieses Ziel keineswegs mit Waffengewalt durchzusetzen, sondern durch Überzeugungsarbeit, *da'va*, zu erreichen. Die usbekistanischen Behörden hegen jedoch Zweifel an der Gewaltlosigkeit der *Hizb-ut Tahrir*. Sie meinen Beweise zu haben, daß die Organisation durchaus bereit ist, mit gewaltsamen Mitteln für ihre Ziele einzutreten.

Neben der *Hizb-ut Tahrir* bestehen noch eine Reihe kleinerer Gruppierungen in Uzbekistan, die teilweise aus einer früheren Phase religiöser Mobilisierung (in den usbekistanischen Teilen des Fergana-Tals 1991-92) bekannt sind: *Tovba* (Reue), *Nur* (Licht), *Adolat* (Gerechtigkeit) u.a. Deren Ausrichtung ist nur schwer einzuschätzen. Nicht alle Gruppierungen haben sich zu gewaltlosem Vorgehen verpflichtet; einige sind durchaus bereit, gewaltsam ihre Ziele durchzusetzen. Allerdings ist ihre Anhängerschaft sehr klein.

Formen des Islam in Uzbekistan

Das Gebiet Taschkent mit der Hauptstadt ist stärker international, von einem relativ hohen Anteil russifizierter und russischsprachiger Bevölkerung und von der Nachbarschaft Kasachstans geprägt.

Buchara und Samarkand stellen zwar die historischen Metropolen des zentralasiatischen Islam und seiner Bildungskultur dar, treten aber heute weniger als religiöse Zentren denn als nationalstaatliche Symbole des unabhängigen Uzbekistan in Erscheinung. Islamische „Wiedergeburt“ vollzieht sich hier weitgehend im Rahmen der staatlich geförderten post-sowjetischen Nationsbildung.

Das Fergana-Tal ist eine Hochburg traditioneller islamischer Lebensweise. Neben Vertretern des rituellen Volksislam gibt es hier auch Gruppierungen (z.B. *Hizb-ut Tahrir*), die einerseits in Opposition zur staatsreuen, offiziellen Geistlichkeit, zum *Mufti* in Taschkent, stehen und andererseits die Rituale des Volksislam als „heidnisch“ kritisieren.

Wie sind die hier genannten islamistischen Gruppierungen einzuschätzen? Derzeit ist die *Islamische Bewegung Uzbekistans* finanziell und personell geschwächt, da im Zuge der Anti-Terror-Bekämpfung in Afghanistan ihre Ausbildungslager bombardiert und die Verbindungen zu ihren Geldgebern gekappt wurden. Sie ist jedoch nicht gänzlich zerschlagen. Ihre noch vorhandenen Anhänger sollen sich derzeit wieder neu formieren und terroristische Anschläge auf westliche Einrichtungen in Zentralasien planen.

Hingegen wurden Gruppierungen wie die *Hizb-ut Tahrir* durch den 11. September 2001 kaum geschwächt. Denn sie haben ihre Basis in der Bevölkerung selbst. Die *Hizb-ut Tahrir* erhält Zuspruch gerade deshalb, weil diejenigen Probleme, die sie in den 1990er Jahren erstarken ließen, weiter bestehen: die mangelnden politischen Partizipationsmöglichkeiten, die fehlenden Ausbildungs- und Berufschancen insbesondere junger Uzbekenen sowie die schlechte Gesundheits- und Ernährungssituation weiter Bevölkerungsteile. Und auf diese Probleme meint die *Hizb-ut Tahrir* – im Gegensatz zur *Islamischen Bewegung Uzbekistans* – ei-

³³ Interview mit der Unabhängigen Menschenrechtsgesellschaft, Taschkent, 15. November 2002

ne passende Antwort zu haben. Sie legte ein Konzept vor, das für einige diskriminierte Bevölkerungsteile Uzbekistans durchaus Überzeugungskraft hat.

Kurzfristig konfliktmindernde Faktoren: Die Regierung kontrolliert mit ihrem Sicherheitsapparat alle nicht regierungskonformen Gruppierungen.

Mittel- bis langfristig konfliktverschärfende Faktoren: Es ist nicht auszuschließen, daß die Bevölkerung ihren Protest gegen die sozialen Zustände durch verstärkten Zuspruch zu islamistischen Gruppierungen kundtut.

Karte 3: Fergana-Tal aus der Sicht Kyrgyzstans



Quelle: CIA factbook, in: www.cia.gov

3.6 Krisenregion Fergana-Tal

Das Fergana-Tal galt seit jeher als Sammelbecken islamischer und islamistischer Bewegungen.³⁴ Bereits 1912 entstanden die ersten Einheiten einer Strömung, die später unter der leicht mißverständlichen Bezeichnung „Wahhabiten“³⁵ bekannt wurde. Nach der Oktoberrevolution war das Fergana-Tal Zentrum der islamisch orientierten *Basmatschen*, die bis in die 1930er Jahre hinein aktiven Widerstand gegen die Etablierung des sowjetischen Systems leisteten.

Zum Ende der Sowjetunion erstarkten im Fergana-Tal islamistische Gruppierungen (u.a. *Hizb-ut Tahrir*), die ab Mitte der 1990er Jahre rigoros von Uzbekistan unterdrückt wurden. Eine Verhaftungswelle setzte ein. Islamistische Kräfte, die später die *Islamische Bewegung Uzbekistans* gründeten, wurden aus dem Lande vertrieben.

Gegen Ende der 1990er Jahre spitzte sich die Situation im Fergana-Tal zu. 1997/98 erschütterte eine Mordserie den usbekistanischen Teil des Tals. Prominente Politiker, Verwaltungsbeamte und Polizisten wurden umgebracht. 1998 suchte der Usbeke Machmud Chudoiberdiev in Chodschand, im tadjikistanischen Teil des Fergana-Tals, die Macht an sich zu reißen. Der Umsturzversuch mißlang. Der Rebellenführer wurde im Oktober 2000 in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Im Spätsommer 1999 und 2000 drangen aus Tadjikistan paramilitärische Kämpfer in den kirgistanischen Teil des Fergana-Tals ein. Erst bei Wintereinbruch konnten die sich monatelang hinziehenden Kämpfe beendet werden.

Das Fergana-Tal gilt nicht nur als Sammelbecken islamistischer Kräfte, sondern auch als außerordentlicher Brennpunkt ethno-politischer, demographischer und sozialer Probleme. Inwiefern? Bis Anfang des 20. Jahrhunderts bildete das Fergana-Tal einen einheitlichen politischen, administrativen und wirtschaftlichen Raum. Zuletzt bestand auf seinem Territorium das *Khanat Kokand*. Anfang der 1920er Jahre teilten es die Sowjets ungeachtet jeglicher naturgeographischer und ethno-politischer Gegebenheiten auf. Heute ist das Fergana-Tal Bestandteil dreier Staaten: Uzbekistan, Tadjikistan und Kirgistan.

Das Fergana-Tal ist die fruchtbarste Region in ganz Zentralasien – bis zu drei Ernten sind jährlich möglich – und zugleich die am dichtesten besiedelte Region.³⁶ Im gesamten Tal leben über zehn Millionen Menschen. Die überwiegende Mehrheit (62%) sind Usbeken.³⁷ Diese leben nicht nur im usbekistanischen, sondern auch im kirgistanischen und tadjikistanischen Teil des Tales. In Süd-Kirgistan machen sie knapp 27% der Bevölkerung aus. In Nord-Tadjikistan stellen sie gut ein Drittel der Bevölkerung.

Die soziale Situation im usbekistanischen Teil ist kritisch. In den letzten Jahrzehnten ist die Bevölkerung sprunghaft angestiegen. Gut zwei Drittel der Bevölkerung sind heute unter 30 Jahre. Der Arbeitsmarkt kann die vielen Jugendlichen nicht mehr aufnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen hat deutlich zugenommen. In Städten wie Namangan sind über 50% der Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 20 Jahren ohne Beschäftigung.³⁸ Die Subsistenzwirtschaft stellt geradezu zu einen Überlebensfaktor dar. Der Großteil der Bevölkerung sichert sich das Überleben durch den Anbau von Obst, Gemüse und Hülsenfrüchten. Das zur

³⁴ Siehe hierzu: Center for Preventive Action: *Calming the Ferghana Valley. Development and Dialogue in the Heart of Central Asia*. New York 1999, S. 33ff

³⁵ Mit dem Begriff „Wahhabiten“ werden im post-sowjetischen Raum nicht-staatskonforme islamische Gruppierungen bezeichnet. Der Begriff hat keinerlei Bezug zu der in Saudi-Arabien etablierten Islamvariante.

³⁶ Beispielsweise leben im usbekistanischen Andijon über 500 Personen pro km².

³⁷ Siehe dazu: www.ferghana.elcat.kg/2en.htm

³⁸ Interview mit der Britischen Botschaft, Taschkent, 13. November 2002

Verfügung stehende, landwirtschaftlich nutzbare Land wird jedoch immer knapper. In Uzbekistan gibt es kaum noch verfügbare Ackerflächen. Daher pachten nun vermehrt Uzbekinnen aus Uzbekistan Land in Kirgistan.

Das vorhandene ethno-politische und soziale Konfliktpotential wird verschärft durch das von Uzbekistan durchgesetzte Grenzregime. Nach den paramilitärischen Invasionen in Süd-Kirgistan erklärte die uzbekistanische Regierung das Fergana-Tal zum Sicherheitsgebiet. Ab Herbst 1999 ließ sie an der Grenze zu Tadjikistan und Kirgistan – ohne Vorwarnung und entgegen allen internationalen Konventionen – Antipersonenminen verlegen. Genaue Angaben über die Anzahl der Verletzten und Toten gibt es nicht. Jedoch melden Kirgistan und Tadjikistan, daß bereits über 50 Menschen und mehrere 100 Stück Vieh durch Antipersonenminen ums Leben gekommen sind.³⁹

Uzbekistan verminte auch seine in Kirgistan gelegene Enklave Soch. Soch ist von hoher politischer Bedeutung. Zum einen gilt die Enklave als möglicher Stützpunkt der *Islamischen Bewegung Uzbekistans*, zu dem die paramilitärischen Kämpfer versuchen könnten vorzustoßen, um von dort aus problemlos auf uzbekistanisches Territorium vorzudringen. Zum anderen stellt die Enklave einen möglichen Präzedenzfall im sich hinziehenden Konflikt um die Demarkation der uzbekistanisch-kirgistanischen Grenze dar. Kirgistan reklamiert, daß Uzbekistan ca. 520 ha kirgisischen Landes vermint habe, während Uzbekistan darauf besteht, eigenes Territorium vermint zu haben. Insgesamt sind über 140 Grenzabschnitte entlang der 1.308 km langen uzbekistanisch-kirgistanischen Grenze umstritten.⁴⁰ Zwar arbeitet bereits eine zwischenstaatliche Kommission zur Klärung der strittigen Grenzabschnitte, jedoch ist eine baldige Einigung nicht in Sicht.

Tabelle 5: Uzbekistanische Enklaven in Kirgistan

	Größe	Bevölkerungszahl	Ethnische Zusammensetzung	weitere Informationen
Soch	etwa 325 km ²	42.800 – 80.000	Tadjiken 99% Kirgisen 0,7% kaum Uzbeken	Bewässerung über den Fluß Soch; Landwirtschaft; Gemeinsam mit Kokand Zentrum beim <i>Basmatschen-Aufstand</i> 1918-1924
Schach-i-Mardan	etwa 90 km ²	20.000 – 25.000	Uzbeken 91%	Bewässerung über den Fluß Ak-Suu; Landwirtschaft; islamische Pilgerstätte

Quelle: www.undp.kg/english/batken.html

Nach den Invasionen in Süd-Kirgistan verlegte Uzbekistan nicht nur Antipersonenminen, sondern verschärfte auch das Grenzregime. Es erhöhte die Zahl der Grenzposten an der Grenze zu Kirgistan und Tadjikistan und führte im August 2000 die Visumpflicht für kirgistanische und tadjikistanische Staatsbürger ein. Von der Visumpflicht befreit wurde lediglich diejenige Bevölkerung, die unmittelbar in der Grenzregion zu Uzbekistan lebte.

Mit diesen Maßnahmen wurde die Bewegungsfreiheit der Bewohner des Fergana-Tals massiv eingeschränkt, die bis dato ungehindert die Grenzen passiert hatten, um Handel zu treiben oder Verwandte und Freunde zu besuchen. Infolge dessen nahm der Unmut gegen die

³⁹ International Crisis Group: Central Asia: Border Disputes and Conflict Potential, Osh/Brussels 2002, S. 12

⁴⁰ ibidem, S. 13f

restriktiven und korrupten Grenzbeamten zu, der zuweilen in handgreiflichen bis bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Grenzgängern und Grenzbeamten eskalierte. Der legale Grenzhandel ging zurück. Das Angebot der Märkte diesseits und jenseits der Grenzen reduzierte sich merklich. Viele Menschen wurden ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Infolge der strikten Durchsetzung des Grenzregimes durch die usbekistanischen Behörden wurden Dörfer getrennt, Siedlungen von Energie- und Wasserversorgung abgeschnitten, Kinder am Besuch der nahegelegenen Schule gehindert und Kranken der Besuch des benachbarten Krankenhauses verwehrt.

Ein Ersatz für die fehlende Infrastruktur – etwa neue Schulen und Krankenhäuser oder neue Wasser- und Gasleitungen – wurde jedoch nicht geschaffen. Dies war Anlaß für die Grenzbevölkerung, ihren Protest gegen die rigorose Durchsetzung des Grenzregimes anzumelden. Um eine Eskalation zu verhindern, engagieren sich seit einiger Zeit internationale Geberorganisationen wie *Mercy Corps* sowie lokale Nichtregierungsorganisationen wie die *Foundation for Tolerance International*, um mit Infrastrukturprojekten und Trainings für Grenzsoldaten das vorhandene Protestpotential zu reduzieren.

Kurzfristig konfliktmindernde Faktoren. Die Bevölkerung des usbekistanischen Teils des Fergana-Tals ist aufgrund der dort vorhandenen vielfältigen Probleme (Land, Wasser, Energie, Grenzen) weitaus politisierter – und somit auch konfliktbereiter – als in anderen Gebieten Uzbekistans.⁴¹ Gleichzeitig ist sie jedoch weitaus fester – als in anderen Landesteilen Uzbekistans – in islamische Traditionen eingebunden. Im Fergana-Tal bildet die *Mahalla* Zentrum allen gesellschaftlichen Lebens. Sie birgt in sich ein Netz von Loyalitäten und Verwandtschaftsbeziehungen und beinhaltet gleichzeitig ein umfassendes System sozialer Kontrolle. Einen wichtigen Beitrag zur Konfliktprävention leisten internationale Organisationen, die durch Infrastrukturprogramme und Konfliktmediation Konfliktpotentiale reduzieren helfen.

Mittel- bis langfristig konfliktverschärfende Faktoren. Der wachsende Bevölkerungsdruck, ausgelöst durch hohes Bevölkerungswachstum und steigende Jugendarbeitslosigkeit, stellt ein Konfliktpotential dar, das weder von der Regierung noch von internationalen Organisationen in ausreichendem Maße adressiert wird. Eine Konflikteskalation – reichend von Massenprotesten über Migrationsbewegungen bis zu bewaffneten Auseinandersetzungen – ist denkbar.⁴²

⁴¹ Interview mit ICG, Taschkent, 8. November 2002

⁴² Zu den „best“ und „worst case“-Szenarien siehe: FEWER: Early Warning Report on the Ferghana Valley, Osh 2001, S. 15ff

3. Konflikt- und Friedensakteure

3.1 Nationale Akteure

Präsident, Parlament und Parteien

Das usbekistanische System der politischen Entscheidungsfindung ist im wesentlichen auf den Präsidenten hin konzentriert. Dem Präsidenten arbeiten eine Reihe von Technokraten, i.e. professionelle Verwaltungsbeamte, zu, die ihm verschiedene Lösungsvorschläge anstehende politische Probleme – z.B. Ernennung eines neuen *Hokims* oder Reform der Armee – unterbreiten.

Das Parlament stellt kein wirkliches Gegengewicht zum Präsidenten dar. Die derzeitigen Abgeordneten wurden 1999 in von der OSZE als unfrei, unfair, intransparent und ungleich eingestuften Wahlen bestimmt.⁴³ Sie gehören entweder regierungstreuen Parteien (*Kommunisten* 19,6%/48 Sitze, *Vatan* 8,0%/20 Sitze, *Fidokorlar* 13,6%/34 Sitze, *Adolat* 4,4%/11 Sitze, *Millij Tiklanish* 4,0%/10 Sitze) an, sind von lokalen Behörden nominiert (44%/110 Sitze) oder „unabhängig“ (6,4%/16 Sitze).⁴⁴ Das Parlament tritt lediglich viermal im Jahr zusammen. Seine wichtigste – und fast einzige Funktion – besteht in der Verabschiedung von Gesetzen, die zuvor in enger Abstimmung mit dem Präsidentenapparat ausgearbeitet wurden. Eine parlamentarische Arbeit in unserem Sinne (Meinungsbildung, Regierungskontrolle) führt es nicht durch.

Fazit: Das derzeit bestehende System der politischen Entscheidungsfindung beruht im wesentlichen auf dem Präsidenten, der sich als Garant für die Stabilität und Sicherheit in Uzbekistan sieht. Sicherheit bedeutet für Präsident Karimov vor allem Sicherheit vor Terrorismus und Gewalt, Drogenhandel und illegalem Waffenhandel, aber auch ökologische und nukleare Sicherheit.⁴⁵

Offizielle Religionsvertreter

Die Vertreter des offiziellen Islams (Religionsminister, Vorsitzender des Religionskomitees und oberster *Mufti*) werden vom Präsidenten ernannt. Ihre Aufgabe besteht darin, Karimovs Verdienste bei der Restaurierung islamischer Denkmäler und bei der Einführung islamischer Gedenktage und -jahre zu würdigen sowie die Regierung in ihrem Kampf gegen den religiösen Extremismus zu unterstützen.⁴⁶ Dieser Kampf konzentrierte sich in den 1990er Jahren auf die Schließung nicht-registrierter Moscheen, die Begrenzung der Zahl der Teilnehmer an der Pilgerschaft nach Mekka und die Verfolgung, Verhaftung und Er-

⁴³ OSCE/ODIHR: Election of Deputies to the Oliy Majlis (Parliament), 31 October and 14 November 1999, Final Report, 28 April 2000, in: http://www.osce.org/odihr/documents/reports/election_reports/uz/uzb00-1-final.pdf

⁴⁴ Grotz, Florian: Uzbekistan, in: Nohlen, Dieter / Grotz, Florian / Hartmann, Christof (Hrsg.) 2001: Elections in Asia and the Pacific. A Data Handbook. Bd. 1 Middle East, Central Asia and South Asia. Oxford 2001, S.495

⁴⁵ Karimov, Islam: Usbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt. Düsseldorf 2000

⁴⁶ Interview mit dem Mufti, Taschkent, 14. November 2002

mordung von nicht staatskonformen Religionsvertretern.⁴⁷ Ende der 1990er Jahre begann die Regierung – in enger Abstimmung mit der offiziellen Geistlichkeit –, die religiöse Ausbildung der Bevölkerung zu kontrollieren. 1999 etablierte sie die erste uzbekistanische Islamische Universität in Taschkent, in der zukünftige Staatsangestellte ausgebildet werden. Ab 2001 führte sie etappenweise den Religionsunterricht in Kindergärten und Schulen ein.

Fazit: Die Regierung hat in den letzten Jahren zwar begonnen, in der Bevölkerung wie bei den Staatsangestellten die Religionskenntnisse zu stärken, hat jedoch nicht die Verfolgung nicht staatskonformer Religionsvertreter eingestellt.

Militär, Sicherheitsapparat und Miliz

In Reaktion auf die Invasionen der *Islamischen Bewegung Uzbekistans* führt Uzbekistan derzeit eine umfassende Armee-Reform durch. Ziel ist es, eine kleine, mobile und schlagkräftige Armee zu etablieren, die für „low intensity wars“⁴⁸ gewappnet ist. Die NATO unterstützen Uzbekistan bei der Re-Organisation seiner Streitkräfte. Darüber hinaus erhält Uzbekistan umfangreiche militärische Hilfe von den USA. Diese haben seit Beginn der Anti-Terror-Maßnahmen Uzbekistan 20 Millionen US-Dollar für den Grenzschutz, 0,3 Millionen US-Dollar für die Militärausrüstung sowie mehrere Millionen US-Dollar für Maßnahmen gegen die Proliferation von Waffen zugesagt.

Streitkräfte (Stand 1998)

Landstreitkräfte: ca. 50.000
Luftstreitkräfte: ca. 4.000
Davon kampffähige Truppen: ca. 5.000
Kräfte in Tadschikistan: 1 motorisierte Schützenbataillon
Truppen für innere Sicherheit (Innenministerium): ca. 20.000
Nationalgarde (Verteidigungsministerium): ca. 1.000
Straßenpolizei/Miliz: ca. 10.000

Quelle: http://www.bmlv.gv.at/truppendienst/milint/td_milint-index.php

Institutionen, die für die innere Sicherheit zuständig sind, sind der SNB, i.e. Nationale Sicherheitsdienst, der seine Vertreter in jedem *Mahalla*-Komitee sitzen hat, sowie dessen Unterorganisationen, die alle Handlungen der Bevölkerung, die staatsgefährdend sind, kontrollieren.

Der Polizeiapparat, i.e. die Miliz, bedürfte der Reform, um auf die heutigen Herausforderungen (Drogenhandel, Schmuggel, Terrorismus) angemessen reagieren zu können. Die Miliz ist schlecht ausgestattet und kaum geschult. Ihr Vorgehen ist daher nicht immer professionell.

Fazit: Militär, Miliz und Sicherheitsapparat treten für die Sicherheit des Staates ein.

⁴⁷ Siehe: Human Rights Watch: Religious Persecution of Independent Muslims in Uzbekistan 2002, in: www.hrw.org

⁴⁸ Konflikte mit niedriger Intensität („low intensity wars“) sind geprägt durch langwierige Konfliktverläufe, hohe Kräftebindung, immens hohe menschliche Opfer und gravierende Spätfolgen.

Medien

Der Verfassung nach ist jede Zensur verboten und Pressefreiheit garantiert. Jedoch wurde dieser Artikel erst im Mai 2002 – partiell – umgesetzt. Die Zensur der Printmedien wurde offiziell abgeschafft. Gleichzeitig wurde jedoch die Verantwortung für den Inhalt der Artikel dem Herausgeber übertragen. Dieser kann nun für nicht-regierungskonforme Artikel haftbar gemacht werden. Infolge dessen üben die Journalisten nun Selbstzensur.

Die Auflagen der Zeitungen sind gering, ihre Verbreitung im Land ist nicht groß (z.B. *Pravda Vostoka* [Wahrheit des Ostens]: 10.000 Exemplare für 25 Millionen Einwohner). Die Qualität der journalistischen Berichterstattung ist niedrig. Die technische Ausrüstung der Journalisten ist mangelhaft. Die meisten haben weder Computer noch Internetzugang.

Bei Fernsehen und Rundfunk herrscht weiterhin staatliche Zensur. Der Informationsgehalt und Unterhaltungswert der uzbekistanischen Sendungen sind so gering, daß die meisten Uzbekistaner sich Satellitenschüsseln zulegen oder Kabelfernsehen kaufen, um rußländisches Fernsehen sehen zu können. Um ein – zum uzbekistanischen und rußländischen Bild – alternatives Bild zu liefern, senden BBC, Deutsche Welle und RFE/RL regelmäßig Radioprogramme in uzbekischer Sprache. Ihre Korrespondenten berichten dort nicht nur über weltpolitische Ereignisse, sondern auch über die politische Lage in Uzbekistan. Diese Programme erreichen jedoch nur einen kleinen Teil der uzbekistanischen Bevölkerung.

Fazit: Die Medien liefern keine wirklichen Nachrichten. Die Bevölkerung bleibt über wesentliche Probleme und Fakten uninformiert, kann kein aufgeklärtes kritisches Bewußtsein entwickeln.

Zivilgesellschaft

Zu Sowjetzeiten wurde gesellschaftliches Engagement wesentlich von der *Kommunistischen Partei* gesteuert und kontrolliert. Gesellschaftliche Organisationen dienten als Transmissionsriemen zur Vermittlung von parteipolitischen Direktiven sowie als Sammelbecken für die Mobilisierung und Rekrutierung von Parteimitgliedern. Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die nicht von der *Kommunistischen Partei* initiiert und dominiert waren, gab es offiziell nicht. Allerdings bestanden parallel zu den staatlich regulierten Strukturen die *Mahallas*, die vielfach die Funktion von zivilgesellschaftlichen Selbsthilfegruppen übernahmen. Sie substituierten die Mängel der sowjetischen Planwirtschaft, artikulierten gesellschaftliche Interessen und nahmen Einfluß auf politische Entscheidungen. In den *Mahallas* wurden jedoch keineswegs demokratische Verhaltensweisen kultiviert, sondern bestehende lokale Traditionen (z.B. Streitschlichtung durch den *Mahalla*-Vorsitzenden) fortgeführt.

Nach der Unabhängigkeit entwickelte sich die Zivilgesellschaft in Uzbekistan⁴⁹ nicht in dem Maße wie in Kazachstan oder Kirgistan. Dies ist im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen. Zum einen gestand die Regierung zivilgesellschaftlichen Organisationen weniger Freiraum zu. Nach einer anfänglichen Liberalisierung verschärfte sie die Gesetze und schränkte die Artikulationsmöglichkeiten der Nichtregierungsorganisationen (NRO) ein. Zum anderen nahm sie weniger drastische Einschnitte im Sozialsystem vor. Die Bürger waren daher in geringerem Maße mit der Notwendigkeit konfrontiert, durch Selbsthilfegruppen staatliche Dienstleistungen zu substituieren.

⁴⁹ Siehe hierzu: United Nations Resident Coordinator System Uzbekistan (Hrg.): Common Country Assessment of Uzbekistan, Tashkent 2000, S. 23ff.

Seit einiger Zeit ist jedoch ein Anwachsen der NRO zu verzeichnen. Der Grund: Der Staat zieht sich immer mehr aus dem Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem zurück. Die von der Regierung in Selbstverwaltungseinheiten umgewandelten *Mahallas* können die entstandenen Lücken nicht mehr schließen. Die *Mahalla*-Komitees sehen sich – angesichts mangelnder Finanzen und fehlender Problemlösungskapazitäten – vollkommen überfordert, die von den *Mahalla*-Bewohnern artikulierten Probleme zu lösen. Die meisten Probleme sind ausgesprochene „Frauenprobleme“: die mangelnden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen; die steigende Gewalt gegen Frauen im häuslichen Bereich; die mangelnde Absicherung der Frauen nach der Scheidung, etc.

Aufgrund der vollkommenen Überforderung der meist männlichen *Mahalla*-Vorsitzenden gründen nun viele Frauen NRO, um ihre eigene Lage zu verbessern. Wichtigste Ziele sind, das Bewußtsein der Frauen bzgl. ihrer eigenen Rechte zu stärken und eine größere finanzielle Unabhängigkeit der Frauen von der Familie des Mannes zu erreichen.

Fazit: Angesichts des zunehmenden Rückzugs des Staates aus dem Sozialbereich nimmt das Eigenengagement in der Bevölkerung zu. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen substituieren die durch den Rückzug des Staates entstandenen Defizite.

Opposition

In den 1990er Jahren unterdrückte die Regierung jede Opposition. Heute existiert in Uzbekistan offiziell keine Opposition. Es gibt weder offiziell registrierte Oppositionsparteien noch Oppositionsfraktionen im Parlament. Die Bevölkerung hat kaum Möglichkeiten, ihre Interessen und Bedürfnisse, sei es über die Medien, über Parteien oder NROs, öffentlich zu artikulieren. Protestaktionen – wie im Sommer auf den Basaren – werden entweder im Vorfeld unterbunden oder mit Gewalt niedergehalten.

Fazit: Die Regierung hat bisher keinen Weg gefunden, mit kritischen Kräften konstruktiv umzugehen. Die Opposition ihrerseits hat aber auch noch nicht gelernt, professionell und konstruktiv aufzutreten. Auf beiden Seiten fehlt das Verständnis für Kooperation und Kompromissfindung.

Bevölkerung

Der Durchschnittsbürger ist politisch uninteressiert und gegenüber der politischen Führung indifferent. Gemäß einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes *Ishtimoi Fikr*⁵⁰ sind 87% der Bevölkerung der Überzeugung, daß ihre Rechte und Freiheiten als Bürger Uzbekistans gewahrt seien. Nur etwa 5% meinen, in ihren Rechten und Freiheiten eingeschränkt zu sein. Den Großteil der Bevölkerung zeichnet „unlimited passiveness“⁵¹ aus. Der sinkende Lebensstandard sorgt zwar inzwischen für Diskussionen auf Basaren, in Bussen und in Taxis, führt jedoch nicht nach Einschätzung ausländischer Beobachter⁵² zu Massenunruhen.

Fazit: Der Großteil der Bevölkerung zieht sich zunehmend in den privaten Bereich zurück.

⁵⁰ Freedom House: Nations in Transit 2002, in: www.freedomhouse.org, S. 424

⁵¹ Interview mit der Britischen Botschaft, Taschkent, 13. November 2002

⁵² Interview mit der International Crisis Group, Taschkent, 14. November 2002

3.2 Internationale Akteure

Anti-Terror-Koalition

Uzbekistan war das erste Land in Zentralasien, das eine Stationierung von Truppen der Anti-Terror-Koalition zuließ. Bereits im Oktober 2001 verlegten die USA ca. 1.500 Soldaten nach Khanabad im Süden Uzbekistans. Grundlage der Truppenstationierung war ein bilateraler Vertrag zwischen den USA und Uzbekistan, der die Dauer des Verbleibs, den Ort der Lozierung sowie den Einsatz amerikanischer Truppen in Uzbekistan genau festlegte. Für einen weiterhin nicht bestimmten Zeitraum steht der Flughafen Khanabad, der etwa 150 km von der afghanistisch-uzbekistanischen Grenze entfernt ist, den Amerikanern als Ausgangsposition für humanitäre Operationen, Aufklärungsflüge und Rettungseinsätze zur Verfügung. Im Gegenzug unterstützen die Amerikaner Uzbekistan bei der Festigung seiner inneren Sicherheit, geben Finanzhilfen für Uzbekistans Wirtschaft sowie humanitäre Hilfsleistungen in Millionen-Höhe. Genaue Angaben über den Umfang und die Dauer der Truppenstationierung in Khanabad sowie über den Umfang der Hilfsleistungen sind nicht erhältlich, da sich die USA hier bedeckt halten.

Auch die Bundesrepublik Deutschland sandte Mitte Januar 2002 etwa 165 Soldaten nach Uzbekistan. Den deutschen Truppen wurde der Militärflughafen in Termez, das am afghanistisch-uzbekistanischen Grenzfluss Amu-Darja gelegen ist, zur Verfügung gestellt. Dort nehmen Airbus-Maschinen und russische Iljuschin-Transporter Munition, Ersatzteile, Verpflegung und Wasser für das deutsche Kontingent der Afghanistan-Truppe entgegen und leiten es in das rund 350 km entfernt gelegene Kabul weiter. Um die Genehmigung der Nutzung des Flughafens zu erhalten, hat die Bundesrepublik Deutschland eine Kooperation mit der uzbekistanischen Luftfahrtgesellschaft Uzbekistan Airways vereinbart. Nach Angaben der Deutschen Botschaft in Taschkent hat die Bundesrepublik Deutschland bisher etwa sieben Millionen US-Dollar in die Wiederherstellung des Flughafens investiert.⁵³ Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr Truppenkontingent in Uzbekistan auf über 200 Mann aufgestockt, nachdem sie gemeinsam mit den Niederlanden im Frühjahr 2003 die Leitung der *International Stabilisation Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan übernommen hat.

USA

Die Haltung der USA gegenüber Uzbekistan hat sich mit dem Beitritt Uzbekistans zur Anti-Terror-Koalition verändert. Noch im Februar 2001 kritisierte das State Department die Menschenrechtslage in Uzbekistan. Insbesondere die Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit würden massiv verletzt. Im Oktober 2001 war das State Department jedoch deutlich milder in seiner Kritik. In seinem jährlichen Bericht über religiöse Freiheiten nahm es zwar Bezug auf das harsche Vorgehen der uzbekistanischen Regierung gegen nicht offiziell registrierte islamistische Gruppierungen, die staatsfeindlicher Aktivitäten verdächtigt wurden. Allerdings identifizierte es Uzbekistan nicht als ein „country of particular concern“ im Hinblick auf die religiösen Freiheiten. Denn dies hätte bedeutet, daß die USA gegen Uzbekistan Sanktionen hätten verhängen müssen.

Um jedoch nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß die USA nun Menschenrechtseinschränkungen und Gesetzesverschärfungen in Uzbekistan tolerierten, ließ Washington im Frühjahr 2002 verlauten, daß es weiterhin alle Bemühungen der uzbekistanischen Regierung unterstützen werde, weitreichende politische und wirtschaftliche Freiheiten in ihrem

⁵³ Interview mit der Deutschen Botschaft, Taschkent, 7. November 2002

Land durchzusetzen. Gleichzeitig räumten die USA jedoch ein, daß ihnen an der innenpolitischen Stabilität des zentralasiatischen Partnerstaates – zumindest für die Zeit der Stationierung der Anti-Terror-Truppen – sehr gelegen sei. Der gemeinsame Kampf gegen den internationalen Terrorismus habe Priorität gegenüber allen anderen Angelegenheiten.

Die USA sind derzeit der bedeutendste ausländische Akteur in Uzbekistan. Sie besitzen den größten Einfluß auf die usbekistanische Regierung, nicht nur aufgrund ihrer umfangreichen Zuwendungen an Uzbekistan im Rahmen ihrer Truppenpräsenz (v.a. Zahlungen für Benutzung und Renovierung der Militärbasis Khanabat; Landegebühren für jeden Flug), sondern auch aufgrund ihrer hohen Investitionen in die Entwicklungszusammenarbeit mit Uzbekistan.

Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Japan

Parallel zum ihrem Engagement in der Anti-Terror-Koalition intensivierte die Bundesrepublik auch ihr Engagement in Uzbekistan. Erstmals in der bundesdeutschen Geschichte verabschiedete die Bundesregierung ein eigenes Zentralasien-Konzept⁵⁴. Dort erklärte sie, ihre Bemühungen um eine dauerhafte Stabilisierung und Entwicklung in Uzbekistan *fortsetzen* zu wollen. Das Spektrum der Ziele deutscher Politik gegenüber Uzbekistan solle auch nach den September 2001-Ereignissen *unverändert* bleiben. Lediglich die politischen Prioritäten würden nun neu ausgerichtet werden. Priorität hätten nicht mehr die Entwicklung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen sowie die Förderung marktwirtschaftlicher Reformen. Priorität besäßen nun der politische Dialog mit Uzbekistan sowie die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Ziel sei es, durch konkrete Unterstützungsmaßnahmen einen Beitrag für eine friedliche, soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung zu leisten.

Großbritannien hingegen setzte in seiner Uzbekistan-Politik andere Schwerpunkte. Es tritt offen und deutlich – wie zuletzt bei der Eröffnung des Freedom House in Taschkent⁵⁵ – für politische Reformen in Uzbekistan ein. Indem Großbritannien unumwunden auf die massiven Verletzungen der Menschenrechte aufmerksam macht, stellt es ein Gegengewicht zu Deutschlands und Amerikas moderater Position dar. Aus der Sicht der Britischen Botschaft ist die deutsche und amerikanische Antwort auf die Menschenrechtsverletzungen „disappointing“⁵⁶. Deutschland und die USA würden die Situation in Uzbekistan zu „undifferenziert“ beschreiben, an den Reformdefiziten zu wenig Kritik üben und die politischen Entwicklungen (z.B. Abschaffung der Zensur) zu positiv bewerten.

Eine ganz andere Position hingegen bezieht Japan, das nach den USA der größte Geber im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist. Im Gegensatz zu den USA sowie anderen westlichen Staaten verknüpft Japan seine Hilfe nicht mit Konditionen. Hilfe wird gewährt, mit dem primären Ziel, um die Bevölkerung zu befähigen, Konfliktpotentiale zu erkennen und Konfliktlösungen auf kommunaler Ebene zu erarbeiten („community building“), nicht aber um Reformen auf höchster politischer Ebene anzustoßen. Japan ist bestrebt, durch seine Hilfe einen Beitrag zur Stabilisierung Uzbekistans von unten zu leisten und gleichzeitig seinen wirtschaftlichen Einfluß in Uzbekistan langfristig zu sichern.

⁵⁴ Zentralasienkonzept der Bundesregierung, Berlin März 2002

⁵⁵ Die Rede von Botschafter Craig Murray anlässlich der Eröffnung des Freedom House am 17. Oktober 2002 ist einsichtig unter www.britain.uz/inform/presrel.htm

⁵⁶ Interview mit der Britischen Botschaft, Taschkent, 13. November 2002

Rußland

Seit der Unabhängigkeit entwickelten sich die rußländisch-uzbekistanischen Beziehungen äußerst schwierig, zuweilen waren sie sogar gespannt. In den 1990er Jahren diffamierte die uzbekistanische Propaganda die Russen als Kolonialherren, die Uzbekistan zunächst erobert und dann unterdrückt hätten. Die rußländische Presse sowie konservative Kräfte in der rußländischen Regierung ihrerseits malten das Drohbild eines von Islamisten und Terroristen regierten Uzbekistan, das als Unruheherd die Sicherheit Rußlands bedrohen würde.

Inzwischen ist die Diskussion zwischen beiden Staaten sachlicher geworden. Wirtschaftliche Interessen dominieren. Rußland ist Uzbekistans bedeutendster Haupthandelspartner. Ca. 16% des gesamten uzbekistanischen Außenhandels werden mit Rußland abgewickelt.⁵⁷

Aber auch auf politischer Ebene haben Rußland und Uzbekistan gemeinsame Interessen gefunden. Aus sicherheitspolitischen Erwägungen heraus setzt sich Rußland für ein stabiles Uzbekistan ein. Es unterstützt das herrschende System sowie mögliche zukünftige Eliten, die im Sinne der Systemstabilität agieren. Nach Ansicht der Rußländischen Botschaft⁵⁸ würde eine politische Öffnung Uzbekistans zu eben jenen Krisenszenarien führen, die oben bereits skizziert wurden.

Darüber hinaus unterstützt Rußland Uzbekistans Teilnahme an der Anti-Terror-Koalition – in der Hoffnung, daß nun der Anti-Terror-Koalition gelingen würde, was Rußland in den letzten Jahrzehnten nicht gelungen war: nämlich die paramilitärischen Einheiten und die islamischen Extremisten auszuschalten, die von Afghanistan aus in Zentralasien und im Kaukasus operieren und somit direkt bzw. indirekt die innere Sicherheit Rußlands in Frage stellen.

EU

Die Europäische Union engagiert sich in Uzbekistan seit Anfang der 1990er Jahre. Zunächst war sie im Rahmen des bereits mit der Sowjetunion abgeschlossenen *Handels- und Kooperationsabkommen* in Uzbekistan tätig. Mitte der 1990er Jahre schloß sie dann ein *Partnerschafts- und Kooperationsabkommen* mit Uzbekistan⁵⁹ ab, in dem eine umfassende politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart wurde. Die Europäische Union verpflichtete sich, Uzbekistan bei seinem Übergang zu einem demokratischen Regime und zu einer freien Marktwirtschaft zu unterstützen und seine Beziehungen mit Europa zu entwickeln.

Im Vordergrund des 1999 erst in Kraft getretenen *Partnerschafts- und Kooperationsabkommen* steht der politische Dialog. Jährlich finden bilaterale Treffen auf Ministerebene im Kooperationsrat sowie auf Fachebene im Kooperationskomitee statt. Außerdem gibt es Treffen zwischen Mitgliedern des Europa-Parlaments und des uzbekistanischen Parlaments im Parlamentskomitee. Bei diesen Treffen werden jedoch – neben technischen Fragen über die weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen – kaum sensitive Themen wie die Menschenrechtslage in Uzbekistan angesprochen. Der vorherrschende Ton dieser Treffen ist zurückhaltend diplomatisch.

Ebenso zurückhaltend diplomatisch ist auch das Engagement der Europäischen Union in Uzbekistan. Die Delegation der Europäischen Kommission hatte seit 1997 zunächst nur

⁵⁷ bfai (Hrsg.): Ostmittel- und Osteuropa im Integrationsprozeß. Transformation und Wirtschaftslage in Ostmitteleuropa und der GUS 2001/2002. Berlin 2002, S. 184ff

⁵⁸ Interview mit der Botschaft der Rußländischen Föderation, Taschkent, 15. November 2002

⁵⁹ Dies tat die EU außerdem mit Kazachstan und Kirgistan.

eine Vertretung in Kazachstan. 2001 akkreditierte sie sich auch in Kirgistan und Tadjikistan. Erst im Jahr 2002 eröffnete die Europäische Kommission ein Büro in Uzbekistan. Das „Maison de l'Europe“, das ehemalige Büro des TACIS⁶⁰-Vertreter, hat jedoch kaum Kompetenzen. Es soll lediglich beim Management der EU-Hilfe unterstützend tätig sein sowie Öffentlichkeitsarbeit leisten.

OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) ist in Uzbekistan seit 1995 präsent. Zunächst fungierte die dortige Präsenz als Verbindungsbüro für alle zentralasiatischen Staaten – mit Ausnahme von Tadjikistan, wo bereits seit 1994 eine Mission bestand. 1999 eröffnete die OSZE dann auch in Kazachstan, Kirgistan und Turkmenistan Zentren. Daraufhin wurde das Verbindungsbüro in Uzbekistan in ein OSZE-Zentrum mit nationaler Zuständigkeit umgewandelt. Tätigkeitsschwerpunkt der OSZE in Uzbekistan ist die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten (sog. menschliche Dimension von Sicherheit). Im Vordergrund steht die Beobachtung von und die Berichterstattung über verschiedenste Menschenrechtsfragen – von der Meinungs- bis zur Glaubensfreiheit, von der Wahl- bis zur Bewegungsfreiheit. Darüber hinaus bietet das OSZE-Zentrum gemeinsam mit dem in Warschau ansässigen Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) seine Expertise bei Gesetzesvorhaben sowie bei Migrations-, Gender- und wahltechnischen Fragen an.

Die usbekistanische Regierung war mit dieser Schwerpunktsetzung der OSZE nicht immer einverstanden. Wiederholt übte sie an dieser einseitigen Fixierung auf die „menschliche Dimension“ von Sicherheit Kritik. In ihren Augen wäre ein verstärktes Engagement der OSZE in den militärisch-politischen und wirtschaftlich-ökologischen Sicherheitsdimensionen wünschenswert. Trotz aller Kritik – das Engagement der OSZE in der menschlichen Dimension hat Bedeutung, insofern die OSZE in Uzbekistan die einzige *multilaterale* Organisation ist, die sich mit Menschenrechtsfragen befasst. Uzbekistan ist bisher noch nicht Mitglied des Europarates.⁶¹ Auch hat der Hohe Kommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UNHCHR) bisher noch keine Repräsentanz in Uzbekistan eröffnet. Der OSZE stehen lediglich das *Freedom House* und *Human Rights Watch* zur Seite.

Fazit: Die Antwort der internationalen Akteure auf die Situation in Uzbekistan ist uneinheitlich. Da die USA und die Bundesrepublik Deutschland Truppen in Uzbekistan stationiert haben, fällt ihre Kritik an Uzbekistan moderater aus als die der Briten. Japan und Rußland – jeweils aus ihren Interessen heraus – halten sich an Kritik gegenüber Uzbekistan zurück. Auch EU und OSZE sind in ihrem Engagement sehr reserviert. Trotz ihrer „Vielstimmigkeit“ bewirkten die internationalen Akteure – insbesondere die USA – seit Anfang 2002 eine bescheidene Liberalisierung in Uzbekistan (z.B. Abschaffung der Zensur). Es ist jedoch fraglich, ob diese bescheidene Liberalisierung jemals zu nachhaltigen Reformen führt.

⁶⁰ TACIS heißt ausgeschrieben Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States.

⁶¹ Vor zwei Jahren hat die usbekistanische Regierung ihr Interesse bekundet, dem Europarat beizutreten. Nach längeren Konsultationen wurde beschlossen, daß man noch abwarten wolle. Der Europarat schließt generell nicht aus, daß ihm eines Tages auch Staaten angehören, die geographisch nicht zu Europa gehören.

4. Konfliktodynamiken

4.1 Kurzfristige Konflikttendenzen

Die derzeitige Situation stufen internationale Beobachter als relativ stabil (Deutsche und Britische Botschaft) bzw. als absolut stabil (Amerikanische Botschaft) ein. Kurzfristig ist keine Eskalation der vielfältigen Konfliktpotentiale in Uzbekistan zu erwarten – und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Bevölkerung ist fest in soziale Netzwerke (Familie, Clan und *Mahalla*) integriert. Die Familie sichert das Überleben durch Handel und Subsistenzwirtschaft. Der Clan ermöglicht vertikale und horizontale Mobilität. Die *Mahalla* verteilt soziale Vergünstigungen an arme, kinderreiche Familien.
- Die Bevölkerung denkt nicht in politischen Kategorien. Es gibt kaum Zusammenschlüsse zur Artikulation von Gruppeninteressen. Partikulare Initiativen dominieren.
- In Uzbekistan selbst gibt es keine Opposition, die dazu in der Lage wäre, alternative Konzepte vorzustellen.
- Die Medien sind zensiert. Eine kritische Berichterstattung, aufgrund derer die Bevölkerung ein aufgeklärtes, kritisches Bewußtsein entwickeln könnte, gibt es nicht.
- Die Regierung sucht besonders die Jugendlichen, die in der Zeit zwischen Schulabgang (ca. 16 Jahre) und Beginn des Familienlebens (ca. 20 Jahre) besonders „gefährdet“ (z.B. im Hinblick auf Drogensucht, Kriminalität, Mitgliedschaft in einer islamistischen Gruppierung) sind, durch Berufsförderungsprogramme und Wehrdienst in die uezbekistanische Gesellschaft zu integrieren.
- Die uezbekistanische Regierung hat seit Stationierung der Anti-Terror-Koalition einige – wenn auch sehr bescheidene – Reformen begonnen, die zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Lage der Bevölkerung führen könnten.

Konfliktdynamiken in Uzbekistan

<p>Strukturelle Konfliktursachen</p> <p><i>Historisch</i> Sowjetisches Kontroll- & Kommandosystem</p> <p><i>Politisch</i> Autoritäre politische Kultur</p> <p><i>Sozial / Sozio-demographisch</i> Ethnische Vielfalt (über 100 Ethnien) Religiöse Vielfalt: Differenzen zwischen den Regionen Identitätskrise nach Ende der Sowjetunion Soziale Desintegration durch Rückzug des Staates aus dem Arbeits-, Bildungs- und Gesundheitssektors</p> <p><i>Ökonomisch</i> Doppeltes Binnenland Fixierung auf Rohstoffgewinnung & -export Wirtschaftlicher Protektionismus</p> <p><i>Ökologisch</i> Knappe Wasser- und Landressourcen</p>	<p>Akute Konfliktursachen</p> <p><i>Politisch</i> Defizite im <i>good governance</i>-Bereich</p> <p><i>Sozial / Sozio-demographisch</i> Binnenmigration und Emigration aufgrund verschlechterter Lebensbedingungen Zunahme des Drogenmissbrauchs, der Prostitution und des Frauen-&Kinderhandels</p> <p><i>Ökonomisch</i> Fortgesetzte De-Industrialisierung Rückgang der Agrarproduktion Steigende Arbeitslosigkeit Hohe Steuerbelastung</p> <p><i>Ökologisch</i> Bodenerosion, Desertifikation Verseuchung von Wasser und Land</p> <p><i>International</i> Territoriale Ansprüche der Nachbarstaaten Internationaler Drogen- und Waffenhandel Einflußnahme ausländischer Islamisten</p>	<p>Konfliktverschärfende Faktoren</p> <p>Kaum politischen Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung Zunehmende Verarmung weiter Bevölkerungsteile Fortgesetzte Verhaftung von „Islamisten“ Schließung der Grenzen, Einführung eines Visaregimes, Erhebung von hohen Importzöllen</p> <p style="text-align: center;">  <i>Bewaffneter Konflikt</i> </p> <p>Konfliktmindernde Faktoren</p> <p>Ausgeprägte Passivität der Bevölkerung Informationsvakuum in der Bevölkerung Angst vor afghanischen bzw. tadjikischen Verhältnissen Soziale Umverteilung und soziale Kontrolle Sich entwickelnde Zivilgesellschaft Präsenz amerikanischer Truppen Konfliktpräventionsprogramme der Internationalen Gemeinschaft</p>
--	--	--

4.2 Anreize für eine Konflikteskalation

Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß mittel- bis langfristig die bestehenden Konfliktpotentiale eskalieren. Hierfür könnte eine Vielzahl von Faktoren den Ausschlag geben (siehe hierzu voranstehenden Schaukasten). An dieser Stelle sollen jedoch nur die wichtigsten Faktoren genannt werden:

- Die bestehenden Defizite im *good governance*-Bereich mindern die Handlungsfähigkeit des Staates im Umgang mit terroristischen und oppositionellen Gruppierungen, die die Stabilität Uzbekistans von außen her sowie von innen in Frage stellen.
- Die problematische Wirtschaftslage, aufgrund derer der Lebensstandard der Bevölkerung stetig sinkt und die Arbeitslosigkeit – insbesondere unter Jugendlichen – steigt, provoziert soziale Proteste.
- Die zunehmende Konkurrenz um die immer knapper werdenden Ressourcen (Wasser, Land, Energie) führt zu Konflikten auf lokaler, inner- und/oder zwischenstaatlicher Ebene.

4.3 Mögliche zukünftige Konfliktszenarien

Basierend auf der Analyse der kurzfristig konfliktmindernden und der mittel- bis langfristig konfliktverschärfenden Konfliktfaktoren sind folgende Szenarien denkbar:

„*best case*“-Szenario: Die Regierung beginnt mit entschlossenen Reformen in Wirtschaft und Politik. Sie gibt ihre Strategie der Importsubstitution und der Exportdiversifizierung auf, baut Schutzzölle ab, läßt die freie Konvertierbarkeit des Sum zu, interveniert nicht mehr in privatwirtschaftliche Aktivitäten und nimmt die Abgabebindung für landwirtschaftliche Produkte zurück. Auf diese Weise fördert sie den grenzüberschreitenden Handel, schafft ein günstiges Klima für Investitionen und gibt dem freien Unternehmertum Raum, sich zu entfalten. Darüber hinaus reduziert die Regierung ihre Kontrolle über die Medien und gestattet die freie Meinungsäußerung. Bisher im Untergrund operierende Gruppierungen werden zugelassen. Oppositionsparteien beteiligen sich an Wahlen.

Wesentliche Bedingung für die Realisierung des „*best case*“ wäre ein grundsätzlicher Gesinnungswandel der herrschenden Eliten, der von der internationalen Gemeinschaft mitgetragen würde. Dies ist jedoch höchst unwahrscheinlich.

„*mixed case*“-Szenario: Auf Druck der internationalen Gemeinschaft führt die Regierung kosmetische Kurskorrekturen durch. Sie gestattet eine gewisse Medien- und Versammlungsfreiheit, nimmt die Verfolgung islamistischer Gruppierung zurück, kontrolliert jedoch weiterhin die Bevölkerung über ihren Sicherheitsapparat. Grundlegende wirtschaftliche Reformen (z.B. Konvertibilität des Sum) werden zurückgehalten. Lediglich Kleinunternehmern und Landwirte erhalten mehr Freiheiten. Mittelständische und große Unternehmen stehen weiterhin unter Regierungskontrolle. Aufgrund des Engagements internationaler Organisationen (Aufbau von Infrastruktur) werden örtlich begrenzt Konfliktpotentiale entschärft.

Dieses Szenario entspricht im wesentlichen der derzeitigen Situation in Uzbekistan. Es verspricht kurzfristig eine relative Stabilität, kann mittel- bis langfristig jedoch eine Stabilitätserosion hervorrufen, da bestehende strukturelle Konfliktursachen (z.B. Jugendarbeitslosigkeit) weder von der Regierung noch von der internationalen Gemeinschaft im ausreichenden Maße adressiert werden.

„worst case“-Szenario: Mittel- bis langfristig brechen die bestehenden tiefgreifenden Konfliktpotentiale auf. Folgendes Konfliktszenario⁶² könnte sich hier entwickeln:

Infolge der anhaltenden sozio-ökonomischen Krise nimmt die soziale Polarisierung innerhalb der Bevölkerung zu. Eine schmale reiche Oberschicht, die sich jeden Luxus leisten kann, steht einer breiten verarmten Bevölkerungsmehrheit gegenüber, die um das bloße Überleben kämpft. Der Konkurrenzkampf um Ressourcen und Positionen, um Macht und Einfluß nimmt zu. Ethnische Minderheiten und sozial Schwache werden aus gesellschaftlich wichtigen Bereichen verdrängt. Die diskriminierten Bevölkerungsschichten reagieren mit sozialen Protesten, Massendemonstrationen und verstärkter Emigration. Die Regierung verliert die Kontrolle über die Situation. Der Sicherheitsapparat kann die protestierende Bevölkerung nicht mehr niederhalten.

Dieses Szenario ist nur denkbar für den Fall, daß die wirtschaftliche Krise langfristig anhält.

⁶² Die Konfliktszenarien, die sich aus der Konkurrenz um Wasser und Land ergeben, sind bereits zuvor dargestellt worden. Daher werden sie an dieser Stelle nicht wiederholt.

International Response

1. Überblick über Maßnahmen internationaler Akteure

1.1 Sektorspezifische Maßnahmen

Keine der in Uzbekistan tätigen Geberorganisationen führt Maßnahmen durch, die direkt darauf abzielen, die *Defizite im good governance-Bereich* zu mindern. Während im benachbarten Kirgistan seit Jahren Staatsangestellte und Verwaltungsfachkräfte auf höherer Ebene Schulungen erhalten mit dem Ziel, die *state governance* zu stärken, werden in Uzbekistan derartige Trainings nicht durchgeführt. Lediglich auf unterer Ebene erhalten angestellte Verwaltungsfachkräfte Schulungen mit dem Ziel, deren Konfliktbearbeitungskompetenzen zu verbessern. In diesem Bereich engagieren sich u.a. das Open Society Institute, Counterpart Consortium und UNDP. Sie bilden lokale Staatsangestellte sowie *Mahalla*-Vorsitzende in Fragen des Finanz- und Projektmanagements in sogenannten „*Mahalla Initiative Programs*“ aus. Neben der Professionalisierung der lokalen Verwaltungsfachkräfte ist die Intensivierung von Kooperationen zwischen lokalen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen wesentliches Ziel der Trainings.

Seit Jahren suchen Botschaften, internationale Finanzinstitutionen sowie Entwicklungsorganisationen die *problematische Wirtschaftslage* zu adressieren. Grundsätzliches Bestreben ist es, die Regierung durch Lobbying und gezielte Beratung (z.B. in den Bereichen Reform des Staatshaushaltes und der Steuerpolitik; Reform des Bankensektors; Erwerb von Eigentum an Grund und Boden) dazu zu bewegen, maßgebliche Reformen im Wirtschaftssektor durchzuführen. Bisher zeigten jedoch alle Anstrengungen internationaler Akteure wenig Erfolg, insofern die usbekistanische Regierung eine nachhaltige Reformresistenz an den Tag legte und die internationalen Geber in Reaktion darauf keinerlei Sanktionen gegenüber Uzbekistan verhängten.

Hierfür sei beispielhaft das im Januar 2002 zwischen der usbekistanischen Regierung und dem IWF unterzeichnete Abkommen angeführt. In diesem „staff monitored program“⁶³ genannten Abkommen verpflichtete sich Uzbekistan zu einer Reihe von Reformen, die u.a. darauf abzielten, die staatliche Budgetpolitik zu verbessern, die Konvertibilität des Sums vorzubereiten sowie das Preissystem in der Landwirtschaft zu liberalisieren. Im September 2002 stellte der IWF jedoch fest, daß die Durchführung des „staff monitored program“ auf usbekistanischer Seite „ungleich“ – und mit weniger diplomatischen Worten: gescheitert – war.⁶⁴ Der IWF reduzierte darauf hin seine Bemühungen, die usbekistanische Regierung zu Wirtschaftsreformen zu bewegen, auf ein Minimum, verhängte jedoch keine Sanktionen.

Da auf der Makro-Ebene Wirtschaftsreformen nur schwerlich durchsetzbar sind, konzentrieren sich zahlreiche Geber-Organisationen (u.a. OSZE, UNDP, Open Society Institute, KAS, USAID, EBRD) auf die Mikro-Ebene. Ihre Maßnahmen konzentrieren sich auf folgende Bereiche: Aufbau von klein- und mittelständischen Betrieben durch Kleinkreditprogramme; Schulung von Unternehmern über Berufsbildungsprogramme sowie Stärkung der Unternehmerrechte in der Gesellschaft sowie gegenüber dem Staat. Beispielhaft sei hier das Programm von USAID vorgestellt. Die amerikanische Entwicklungsorganisation stellte für

⁶³ Im Detail: Memorandum of Economic and Financial Policies, Technical Memorandum und Letter of Intent, in: www.imf.org/External/NP/LOI/2002/uzb/01/INDEX.htm

⁶⁴ Zu den Details der (Nicht-)Umsetzung des IWF-Programms siehe: International Crisis Group: Uzbekistan's Reform Program: Illusion or Reality? Osh/Brussels 2003, S. 12-20

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Jahr 2002 über 2,1 Millionen USD und im Jahr 2003 über 2,8 Millionen USD bereit. USAID schult insbesondere Studenten, i.e. mögliche zukünftige Unternehmer, sowie Jungunternehmer. Ziel ist es, grundlegende „business skills“ zu vermitteln sowie Wege für den Zugang zu Kapital zu eröffnen (z.B. über Mikrokreditprogramme).

Das Problem der zunehmenden *Konkurrenz um immer knapper werdende Ressourcen* wird auf zahlreichen Dialogforen thematisiert. So hielt die OSZE im Jahr 2001 in Duschanbe eine „Konferenz zu den Wasserressourcen in Zentralasien und ihrer ökonomischen Nutzung“⁶⁵ ab und diskutierte im Jahr 2002 auf dem jährlich stattfindenden OSZE-Wirtschaftsforum das Thema „Qualität und nachhaltige Verwendung von Wasserressourcen“⁶⁶. Auf beiden Veranstaltungen wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserversorgung und der Wasserqualität (z.B. Ausarbeitung eines „Environmental Code of Conduct“, Festschreibung vertrauensbildender Maßnahmen; Hinweis auf internationale Vereinbarungen) beschlossen; diese trugen jedoch kaum zur konkreten Verbesserung der Wassersituation vor Ort bei.

Auf nationaler Ebene beschränkte sich die OSZE bisher auf die Bestandsaufnahme der wichtigsten nationalen und regionalen Umweltprobleme sowie auf die Umsetzung der 1998 verabschiedeten „Konvention für den Zugang zu Information, die öffentliche Beteiligung bei Entscheidungsfindung und den Zugang zu Gerechtigkeit in Umweltfragen“, kurz „Aarhus-Konvention“. In Seminaren und Konferenzen klärte sie Regierungsverantwortliche, Verwaltungsrepräsentanten und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen über die Inhalte und Ziele der „Aarhus-Konvention“ auf. Darüber hinaus ermutigte sie die Regierung dazu, ihre nationale Umweltgesetzgebung den in der Konvention formulierten Standards anzupassen. Die Arbeit der OSZE in diesem Bereich zeigt Fortschritte, da sich die usbekistanische Regierung in diesem Falle als kooperativ erweist.

Lokal begrenzte Maßnahmen, die auf die Minimierung der Konkurrenz um die immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen abzielen, werden von vielen Geberorganisationen durchgeführt. Beispielsweise unterstützt USAID folgende Projekte: Verbesserung der Infrastruktur zur Aufteilung des Irrigationwassers zwischen usbekistanischen und kirgistanischen Grenzdörfern; Aufforstung in eigentlich fruchtbaren Gebieten, die jedoch aufgrund von Winderosion nicht mehr landwirtschaftlich nutzbar waren; sowie die Verbesserung der Trinkwasserversorgung in Karakalpakistan durch das Bohren von Brunnen. Die Deutsche Welthungerhilfe konzentriert sich darauf, im Fergana-Tal und in Chorasam Ernährungssicherheit herzustellen. Sie leitet die Bevölkerung in alternativen wassersparenden Anbaumethoden an und trägt durch gezielte Hilfsmaßnahmen (Lebensmittellieferung) zur Verhinderung einer Hungerkatastrophe bei.

Der weit größte Teil der Maßnahmen internationaler Geber sucht das Problem der *fehlenden Möglichkeiten der freien Interessenartikulation und politischen Partizipation* zu adressieren. Wesentliches Ziel aller Maßnahmen ist es, die bisher nur in rudimentären Ansätzen vorhandene Zivilgesellschaft zu stärken. So hat Counterpart Consortium vor einigen Jahren begonnen, in allen größeren Städten sogenannte „Civil Support Centers“ einzurichten. Dort können sich Bürger über bereits bestehende zivilgesellschaftliche Organisationen (NRO) informieren, Schulungen über den Aufbau und die Organisation von NRO erhalten sowie vorhandene Einrichtungen und Geräte für Kommunikation sowie Vorbereitung von Veranstaltungen nutzen. Darüber hinaus konzentrieren sich Geber wie das Institute for War and Peace Re-

⁶⁵ Siehe hierzu: Report on the International Conference on Water resources in Central Asia and their rational utilization, in: www.osce.org

⁶⁶ Siehe hierzu: OSCE: Tenth Meeting of the Economic Forum, Prague, 18 to 21 May 2002, in: www.osce.org

porting (IWPR), Internews und Cimera auf die Förderung einer neuen Medienpolitik und -kultur, indem sie Journalistentrainings durchführen, die Ausarbeitung eines „Code of Conduct“ unterstützen sowie an der Veränderung der Mediengesetzgebung arbeiten. Angesichts der bevorstehenden Parlamentswahlen (voraussichtlich im Herbst 2003) suchen viele Geber (u.a. KAS) die Kapazitäten der regierungskonformen Parteien zu stärken sowie die Bevölkerung durch Informationskampagnen auf die Wahlen vorzubereiten.

Ein breites Aktionsfeld der Geber stellt außerdem der *Menschenrechtsbereich* dar. OSZE und Freedom House beobachten nicht nur die Menschenrechtssituation in Uzbekistan, sondern führen auch Schulungen für Menschenrechtsaktivisten durch, um deren organisatorische Kapazitäten zu stärken und deren Monitoring- und Berichtswesen zu verbessern. Open Society Institute fördert sogenannte „Legal Clinics“, in denen Jurastudenten kostenlose Rechtsberatung geben. UNHCR, Eurasia und andere Geber-Organisationen klären gemeinsam mit lokalen NRO Trainings die Bevölkerung über ihre Rechte auf. Hierbei konzentrieren sie sich u.a. auf folgende Themen: grundlegende Einführung in die Menschenrechte; Regelungen zum legalen Grenzübertritt, Regelungen zum Erwerb und zur Pacht von Land; sowie Sinn und Zweck von gleichen, freien, fairen und transparenten Wahlen.

Projektübersicht (Auswahl)

Identifizierte Probleme	Sektoren, in denen darauf reagiert wird	Darin tätige internationale Institutionen
<i>Good governance</i> -Defizite		
Implementation von Gesetzen auf lokaler Ebene	Schulung von Verwaltungskadern	UNDP
	Capacity building der <i>Mahalla</i> -Vorsitzenden	Counterpart Consortium
problematische Wirtschaftslage		
Unterstützung der Regierung bei Wirtschaftsreformen	Lobbying und Beratung	OSZE, Botschaften, Weltbank, IWF, USAID, EU
	Seminare zur politischen Ökonomie	Open Society Institute
Arbeitslosigkeit	Förderung klein- und mittelständischer Betriebe durch Mikrokreditprogramme	OSZE, USAID, UNDP, Open Society Institute, KAS, EBRD
	Stärkung der Unternehmerrechte	Open Society Institute
	Berufsbildungsprogramme	gtz/ADB/KfW
Interessenartikulation und politische Partizipation der Bevölkerung		
Stärkung der Zivilgesellschaft	Einrichtung von Civil Support Centers	Counterpart Consortium, Freedom House
	Vergabe von Projektgeldern („grants“)	Weltbank, Counterpart Consortium, Open Society Institute, Eurasia
	Capacity building der NRO	Counterpart Consortium
Eingeschränkte Medienfreiheit	Medienförderung (z.B. Journalistenausbildung)	Internews, Swiss Cooperation/Cimera, KAS, IWPR
Stärkung der Parteien	Capacity building	KAS

Projektübersicht (Auswahl) (Fortsetzung)

Identifizierte Probleme	Sektoren, in denen darauf reagiert wird	Darin tätige internationale Institutionen
Ressourcenkonflikte		
Veränderung der Umweltgesetzgebung	Umsetzung der Aarhus-Konvention auf nationaler Ebene	OSZE
Konflikte um Wasser im Nordwesten (Karakalpakistan, Chorazm)	Ernährungssicherheit, Wasserversorgung, Wüstenbekämpfung	UNDP, Deutsche Welthungerhilfe, gtz
Konflikte um Wasser im Fergana-Tal	Community building	USAID/Mercy Corps, Swiss Cooperation
Konflikte um Land im Fergana-Tal	Rechtsberatung	Swiss Cooperation
Menschenrechtssituation		
Mangelnde Kapazitäten der Menschenrechtsorganisationen	Training der Menschenrechtsorganisationen	OSCE, Freedom House
Offene Diskussion über Menschenrechtsfragen	Runde Tische alle zwei Wochen	Freedom House
Mangelndes Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung	Rechtsberatung in Staatsbürgerschaftsfragen	UNHCR, Business Women Association, Eurasia
Durch- und Umsetzung von Menschenrechten	Einrichtung von „legal clinics“	Open Society Institute
Menschenrechtsverletzungen in Gefängnissen	Monitoring	OSZE, ICRC
Verletzung der Menschenrechte beim kleinen Grenzverkehr	Monitoring, Training	Foundation for Tolerance International; Business Women Association

1.2 Anti-Terror-Maßnahmen

Bis zum 11. September waren einige wenige Geberorganisationen (internationale Organisationen, bilaterale Geber und ausländische Nichtregierungsorganisationen) in sehr zurückhaltendem Maße in Uzbekistan tätig. Dies ist u.a. auf die geringe strategische Bedeutung zurückzuführen, die Uzbekistan bis dato zugebilligt wurde. Die Uzbekistan zugewiesenen Mittel waren daher sehr gering, die personelle Ausstattung der Geber auf ein Minimum reduziert und die durchgeführten Maßnahmen nur sehr punktuell (siehe hierzu auch die Übersicht der Projekte der internationalen Geber). Nach dem 11. September änderte sich die Situation: Neue Konzepte wurden erarbeitet, neue Schwerpunkte gesetzt und neue Programme aufgelegt.

Dieser Wandel in der Gebergemeinschaft sei an drei Beispielen illustriert:

Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik begann bereits 1992/93 ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Zentralasien. Ihre technischen und finanziellen Hilfeleistungen konzentrierten sich vornehmlich – neben Kirgistan und Kazachstan – auf Uzbekistan. Im Rahmen der Neustrukturierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit erhielt Uzbekistan – gemeinsam mit Kirgistan und Kazachstan – 1998 den Status als „Partnerland“.⁶⁷ Nun konzentriert sich die Entwicklungszusammenarbeit besonders auf den Bereich „Wirtschaftsförderung und Aufbau der Marktwirtschaft“. Zwischen 1992 und 2001 wurden Uzbekistan 146 Millionen Euro finanzielle und 35 Millionen Euro technische Zusammenarbeit zugesagt. Damit wurden u.a. folgende Projekte durchgeführt:

- Notprogramme zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit wichtiger Einrichtungen (z.B. Flughafen von Taschkent);
- Beratung bei Wirtschaftsreformen;
- Förderung der Klein- und Mittelindustrie in der Privatwirtschaft (z.B. Beratung bei Existenzgründungen, Aus- und Fortbildung);
- Verbesserung der Basisgesundheitsversorgung (z.B. Familienplanung, reproduktive Gesundheit, Tuberkulosebekämpfung);
- Ausbau der Infrastruktur im Energiebereich (z.B. Elektrifizierung eines Streckenabschnittes der uzbekistanischen Bahn);
- Bekämpfung der Desertifikation (Förderung ressourcenschonender Landwirtschaft, Rekultivierung trockengefallener Böden in der Aralseeregion); sowie
- Rehabilitierung einer umweltgerechten Trinkwasserversorgung (u.a. am Aralsee).

In unmittelbarer Reaktion auf die September 2001-Ereignisse legte das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) – noch vor der Bundesregierung – ein Zentralasien-Konzept vor.⁶⁸ Dort heißt es: Die zentralasiatischen Staaten stünden vor erheblichen sozio-ökonomischen Reformaufgaben. Ihre politischen Systeme seien noch weit von einer gefestigten Demokratie mit aktiver Zivilgesellschaft entfernt. Dies mache sie angesichts der zum Teil weit verbreiteten Armut ihrer Bevölkerung anfällig für extremistische Strömungen auch und gerade islamistischer Herkunft. Hier wolle das BMZ konfliktpräven-

⁶⁷ Kein zentralasiatischer Staat, auch Uzbekistan nicht, erhielt den Status als „Schwerpunktland“ – wie etwa Georgien im Kaukasus, das in drei ausgewählten Sektoren deutsche Förderung erhält.

⁶⁸ Aktuelles: BMZ – Zentralasien-Konzept, in: www.bmz.de, gezogen 7. April 2002

tiv wirken, um Gewaltbereitschaft und Terrorismus den gesellschaftlichen Nährboden zu entziehen. Basierend auf diesem Konzept sagte das BMZ weitere Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit mit Uzbekistan zu, wirkte jedoch kaum auf eine Veränderung oder Ergänzung der laufenden Programme und Projekte hin. Seit Anfang 2003 wird der generelle Ansatz des BMZ neu überarbeitet. Jörn Grävingholt, Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, wurde damit beauftragt, die Krisenpotenziale in Zentralasien zu evaluieren und Ansatzpunkte für eine krisenpräventive deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Zentralasien zu definieren.⁶⁹

Europäische Union

Unter dem Eindruck der Ereignisse vom September 2001 konkretisierte die *Europäische Union* nicht nur die bereits seit längerem existierenden Pläne, ein „Maison de l'Europe“ in Uzbekistan einzurichten, sondern revidierte auch ihr Programm für Uzbekistan. Bisher standen institutionelle und strukturelle Reformen (z.B. Unterstützung im Hinblick auf Uzbekistans WTO-Beitritt), die Entwicklung von Infrastruktur im Energie-, Transport- und Telekommunikationswesen sowie in der Landwirtschaft und Agrarindustrie im Vordergrund. Oberste Priorität sind nun die Prävention von Konflikten und die Förderung von Stabilität. EU-Programme zielen – neben der Reform der institutionellen, rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen – auf die Abfederung der sozialen Konsequenzen der Transformation und die Entwicklung der Wirtschaft auf dem Lande. Die Prioritätenverschiebung zog auch eine veränderte Budgetierung nach sich. So wurden die TACIS-Projekte für ganz Zentralasien(!) im Zeitraum 1999 bis 2001 mit nur 50 Millionen Euro gefördert. Für den Zeitraum 2002 bis 2003 wurden 100 Millionen Euro bewilligt.

OSZE

Nach dem 11. September entdeckte die OSZE für sich einen neuen Tätigkeitsschwerpunkt: die Terrorismusbekämpfung. Hierzu veranstaltete sie gemeinsam mit United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention (UNODC) Mitte Dezember 2002 eine Konferenz⁷⁰ in Bischkek, Kirgistan. Wichtigstes Ergebnis dieser Konferenz war die Verabschiedung eines *Aktionsprogramms*, das den Maßnahmen zur Bekämpfung und Verhinderung von Terrorismus gewidmet war, aber im wesentlichen die von der OSZE seit langem verfolgten Zielsetzungen fortschrieb:

- Stärkung des Rechtsstaates durch den Aufbau von Institutionen und Professionalisierung der staatlichen Behörden;
- Förderung der Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten;
- Einsatz für Toleranz in multikulturellen Gesellschaften;
- Konzentration der Mitgliedsstaaten auf eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung;
- Auseinandersetzung mit negativen Entwicklungsfaktoren, die die Sicherheit untergraben (mangelnde Staatsführung, Korruption, Schattenwirtschaft, Arbeitslosigkeit etc.);
- Verhütung gewaltsamer Konflikte und Förderung der friedlichen Streitbeilegung durch verstärkte Frühwarnung und angemessene Reaktion.

⁶⁹ Grävingholt, Jörn: Krisenpotenziale und Ansatzpunkte für eine krisenpräventive Entwicklungszusammenarbeit in Zentralasien, Bonn Juni 2003

⁷⁰ Die Konferenz trug den Titel „Internationale Konferenz zur Erhöhung von Sicherheit und Stabilität in Zentralasien: Verstärkung der umfassenden Anstrengungen bei der Bekämpfung von Terrorismus“.

Während und nach der Konferenz zeigten die zentralasiatischen Teilnehmerstaaten, insbesondere Uzbekistan, an technisch-militärischer Hilfeleistung durch die OSZE weitaus größeres Interesse als an der wiederholten Festschreibung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen. Sie äußerten den Wunsch nach intensiverer Zusammenarbeit im operationellen Bereich sowie nach Unterstützung bei der Verstärkung der Grenzkontrolle und der Bekämpfung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen und Drogenhandel. Diesem Wunsch entsprach die OSZE auch partiell. Für Uzbekistan legte sie ein eineinhalbmonatiges Trainingsprogramm für die Grenzsoldaten an der afghanistisch-uzbekistanischen Grenze in Termez auf, um den Schmuggel von Drogen, Klein- und Leichtwaffen zu unterbinden.

Mit der Bischkeker Konferenz begann die OSZE, sich einem neuen Themenfeld zuzuwenden, stieß jedoch ziemlich schnell auf Grenzen, da sie ihre eigenen Fähigkeiten und Kapazitäten in diesem Themenfeld vollkommen überschätzt hatte. Sie hat weder die ausreichenden finanziellen noch die benötigten personellen Kapazitäten. In Uzbekistan verfügt sie über ein Budget von 730.500 Euro, dies sind 0,34% des gesamten OSZE-Budgets.⁷¹ Damit kann sie neben dem Missionschef lediglich drei internationale Mitarbeiter finanzieren (zum Vergleich: Im Kosovo gibt es über 150 internationale Mitarbeiter). Ihr Beitrag zur Terrorismusbekämpfung konzentriert sich daher im wesentlichen auf die Bereitstellung von Experten für Grenzsoldaten- und Polizei-Trainings.

1.3 Explizit konfliktpräventive Maßnahmen

In den vergangenen Jahren gab es mehrere Ansätze verschiedenster Geberorganisationen, Programme in und mit Uzbekistan durchzuführen, die explizit auf Konfliktprävention und Krisenmanagement ausgerichtet waren. Bereits Ende der 1990er Jahre entwarf UNDP gemeinsam mit international anerkannten Experten ein „Entwicklungsprogramm für das Fergana-Tal“⁷². Das Konzept basierte im wesentlichen auf dem Bericht der Fergana-Tal Arbeitsgruppe des Zentrums für Präventives Handeln, der unter dem Titel „Calming the Fergana Valley. Development and Dialogue in the Heart of Central Asia.“ 1999 in New York veröffentlicht wurde. Grundgedanke dieses Programms war es, durch umfassende Maßnahmen zur langfristigen Entwicklung des gesamten Fergana-Tals beizutragen. Unter der Ägide der UNDP sollten Projekte u.a. in folgenden Bereichen durchgeführt werden:

- Wirtschaft: Unterstützung klein- und mittelständischer Betriebe durch Mikrokreditprogramme;
- Bildung: Inter-kulturelle Sensibilisierung von Lehrern;
- Umwelt: Erarbeitung von Lösungsvorschlägen von dringenden Umweltfragen (z.B. sichere Lagerung des Nuklearabfalls); sowie
- Grenzfragen: Unterrichtung der Bürger über Regeln des Grenzüberschrittes.

Das Programm entbehrte konkreter Handlungsvorschläge. Es war sehr euphemistisch gehalten. Erklärtes Entwicklungsziel waren „Harmonie und Prosperität im Fergana-Tal“. Uzbekistan – im Gegensatz zu Tadjikistan und Kirgistan – erklärte sich nie zu einer Teilnahme an diesem Programm bereit. Daher wurde das Programm auch niemals umgesetzt.

⁷¹ Zum Vergleich: OSZE-Mission in Tadjikistan 2,9 Millionen Euro (1,1% des OSZE-Budgets), OSZE-Zentrum in Kazachstan 0,7 Millionen (0,32%), OSZE-Mission im Kosovo 54 Millionen Euro (25,3%).

⁷² Siehe dazu: <http://www.ferghana.elcat.kg/pe-fvdp.htm>

Auch die *Swiss Cooperation* konzentrierte sich mit ihrer Krisenpräventions- und Friedensförderungsprogramm auf das Fergana-Tal. Ein Projekt suchte lokale Regierungsvertreter bei der Lösung von grenzüberschreitenden Land- und Wasserfragen zu unterstützen. Während dieses Projekt zwischen Kirgistan und Tadjikistan Erfolge aufzeigte, da sich die lokalen Regierungsvertreter als kooperativ erwiesen, scheiterte es zwischen Kirgistan und Tadjikistan auf der einen sowie Uzbekistan auf der anderen Seite. In Uzbekistan hatten die lokalen Regierungsvertreter nicht die benötigte Handlungsfreiheit.

Ein anderes Fergana-Tal-Projekt der *Swiss Cooperation* nannte sich „Ambassadors of Goodwill“. Diese „Botschafter“ waren meist verdiente Politiker oder angesehene Intellektuelle (z.B. für Kirgistan: Dschingis Ajtmatov). Diese sollten im Rahmen informeller Diplomatie auf Politiker mittlerer und oberer Ebene einwirken, um zwischenstaatliche Konflikte über Wasser-, Land- und Energie-Fragen zu lösen. Dieses Projekt war jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Die „Ambassadors of Goodwill“ hatten lediglich Alibi-Funktion. Denn in konfliktiven Fragen hatten sie keinen Einfluß auf die politischen Eliten.

Aus den Fehlschlägen lernte die internationale Gemeinschaft. Nun konzentriert sie sich weniger auf die Lösung von Konflikten („conflict resolution“) denn auf die Bearbeitung der strukturellen Konfliktursachen („root causes of conflict“). Ihre Projekte sind kleiner, beziehen die örtliche Bevölkerung mit ein („participatory rural appraisal“) und suchen nach Lösungsansätzen für lokal begrenzte Konfliktherde.

Zur Prävention von Konflikten im Fergana-Tal trägt insbesondere *Mercy Corps* bei. Die amerikanische Organisation stellte zunächst eine tiefgehende Analyse der Konfliktpotentiale im Fergana-Tal an und entwickelte daraufhin zahlreiche Projekte, die immer unter dem Titel „Hilfe zur Selbsthilfe“ firmieren. Derzeit führt *Mercy Corps* das von USAID finanzierte „Community Action Investment Program“ durch, das darauf abzielt, im usbekistanischen Teil des Fergana-Tals die Kooperation zwischen lokalen Regierungsvertretern und Bürgern zu stärken und soziales Konfliktpotential durch die gemeinsame Implementation von Infrastrukturprojekten abzubauen. Gerade begonnen hat *Mercy Corps* das ebenfalls von USAID finanzierte Programm „Peaceful Communities Initiative“ (ca. 2 Millionen US-Dollar für drei Jahre), in das 21 Grenzgemeinden aus allen Teilen des Fergana-Tals mit einbezogen sind. Hier führt *Mercy Corps* folgende Projekte durch:

- soziale Projekte: grenzüberschreitende Schachturniere, Sommerlager und Fußballturniere;
- technische Projekte: Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der Wasser- und Energieversorgung dies- und jenseits der Grenze sowie
- Fortbildungsmaßnahmen: Seminare für Bevölkerung und Grenzsoldaten über die Regeln des Grenzübertritts.

Dieses Programm zeigt bereits jetzt erste Erfolge. Die Bevölkerung des Fergana-Tals dies- und jenseits der Grenze kommuniziert nun wieder miteinander. Dringende, aus der Grenzziehung resultierende Infrastrukturprobleme wurden gelöst. Beim Grenzübertritt gibt es weniger Menschenrechtsverletzungen.

2. Problemorientierte Analyse der Geberaktivitäten

In Uzbekistan finden sich viele Strukturdefizite, die auch aus der Entwicklungszusammenarbeit mit anderen zentralasiatischen Staaten bekannt sind:

Vernachlässigung von Strategiebildung und Definition klarer Entwicklungsziele

Nur sehr wenige internationale Geber arbeiten auf Grundlage einer klaren Länder- oder Regionalstrategie. Eine Ausnahme stellen große Organisationen wie UNDP dar, das auf der Grundlage ein „Country Cooperation Framework“ für die Jahre 2000 bis 2004 entwickelt hat, oder wie UNDCCP, das als Ergebnis eines langen Verhandlungsprozesses im Rahmen der 6+2-Verhandlungen um Afghanistan, der Taschkenter Drogenkonferenz (2000) sowie der Bischkeker Anti-Terrorkonferenz (2001) eine Strategie für Zentralasien entwickelt hat. Allerdings sind diese langfristig angelegten Programme recht unflexibel. Sie ermöglichen keineswegs ein rasches Reagieren auf veränderte Problem- und Konfliktlagen.

Der OSZE, die eigentlich durch die Einrichtung von Mechanismen zur friedvollen Konfliktaustragung, zur Reduktion von Gewaltbereitschaft und zur Verminderung von Konfliktquellen einen konstruktiven Beitrag zur Konfliktprävention in Uzbekistan leisten könnte, fehlt es an einer konzeptionellen Fundierung. Ihr Mandat ist zu weit gefaßt, um einen ausreichend klaren Handlungsrahmen für die OSZE-Präsenz zu stecken. Das „flexible jährliche Rahmenprogramm“, das vom Headquarter in Wien verabschiedet wird, ist zu offen, als daß es richtungsweisend sein könnte. Die Performanz der OSZE vor Ort ist daher hochgradig von ihrem Personal abhängig.⁷³

Konfliktprävention als Programmziel

Die meisten Geber definieren ihre Programmziele unabhängig vom bestehenden Konfliktpotential oder Konfliktgeschehen. Lediglich bei dramatischen Veränderungen der Konfliktsituation (z.B. Invasionen der *Islamischen Bewegung Uzbekistans*) nehmen sie die erforderlichen reaktiven konfliktbedingten Maßnahmen vor, passen ihr Programm an und erweitern/begrenzen ihre Projekte. Sie reagieren auf den Konflikt („working on the conflict“⁷⁴), arbeiten aber nicht mit dem oder im Konflikt.

Einige wenige ausgewählte Geber (z.B. *Mercy Corps*) hingegen unternehmen den gezielten Versuch, mit ihren Maßnahmen Beiträge zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung zu leisten. Ihre Auslandsmitarbeiter arbeiten aufgrund einer ausgearbeiteten Länderstrategie, die an die spezifische Konfliktsituation in Uzbekistan angepaßt ist. Diese Strategie konzentriert sich auf die strukturellen Konfliktursachen, bezieht die Haltung der Konflikttakteure mit ein und berücksichtigt die möglichen Konflikt dynamiken. *Mercy Corps* entwickelt konkrete Maßnahmen zur Konfliktprävention und Krisenbearbeitung (z.B. Seminare zu den Regeln des Grenzübertritts; Aufbau von Infrastruktur: Bau von Wasser- und Gasleitungen in von der Versorgung abgeschnittenen Dörfern). Es arbeitet somit explizit im bzw. mit dem Konflikt („working in the conflict“).

Die meisten Geber verfolgen eine „gemischte Konfliktstrategie“⁷⁵, die sowohl Elemente der reaktiven konfliktbezogenen Anpassung enthalten als auch eine explizite, vorausschau-

⁷³ Siehe hierzu auch: International Crisis Group: The OSCE in Central Asia: A new strategy. Osh/Brussels 2002; Gumpfenberg, Marie-Carin von: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Stabilisierendes Moment in Zentralasien? In: SWP-Studie S 33, Berlin Oktober 2002

⁷⁴ Goodhand, Johnathan: Conflict Assessment Project: Approach and Methodology, INTRAC for DFID 2000

⁷⁵ Kliengebiel, Stefan: Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen, in: DIE Berichte und Gutachten 6/1999

ende Konfliktsensibilität erkennen lassen. Meist kristallisierte sich diese Strategie im Laufe ihrer Präsenz im Lande heraus. Sie war jedoch nicht unbedingt Ergebnis ausdrücklicher konfliktbezogener Überlegungen.

Regionale Schwerpunktsetzung

Schwerpunktregionen des internationalen Engagements sind die Stadt Taschkent, das Fergana-Tal und die Region Karakalpakistan: Taschkent, weil dort die meisten Geber ihren Sitz haben; das Fergana-Tal, weil dieses aufgrund der dort vorliegenden Problemlagen (Grenzziehung, ethnische Heterogenität, demographische Entwicklung und islamische Verwurzelung) als außerordentliche Konfliktregion wahrgenommen wird; Karakalpakistan, weil dort die Aralseekatastrophe eine tiefgreifende ökologische, ökonomische und soziale Krise hervorgerufen hat.

Internationale Organisationen betätigen sich jedoch kaum in Süduzbekistan (Surchondarjo und Qashgadarjo) oder in Jizzax und Guliston, den beiden Gebieten zwischen Taschkent und Samarkand. Gerade dort wäre ein Engagement angebracht, nicht nur weil in diesen Gebieten die soziale und ökologische Situation ebenfalls kritisch ist, sondern weil der Selbstorganisationsgrad der Bevölkerung weitaus weniger fortgeschritten ist als in den zuvor genannten Gebieten. Die staatlichen Stellen stehen gegenüber Kooperationen mit internationalen Gebern und zivilgesellschaftlichen Akteuren offen gegenüber.

Thematische Schwerpunktsetzung

Vorwiegend werden Themen behandelt, die auch explizit von der Regierung erwünscht sind (z.B. Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, „capacity building“ von NRO und *Mahallas*). Oder es werden Programme durchgeführt, die in enger Abstimmung nach den Vorgaben der Regierung konzipiert wurden (siehe UNDP). Für ein explizit präventives Vorgehen wäre eine größere Varianz an Themen vonnöten.

Partnerauswahl

Viele Geber greifen bei der Projektimplementation auf usbekistanische Durchführungsorganisationen zurück. Hier sind sie *zuweilen* mit dem Problem konfrontiert, daß deren Kapazitäten („capacities“) begrenzt sind. Die meisten Nichtregierungsorganisationen sind ohne klare Zielsetzung, finanzielle Ressourcen und nachhaltiges Management. Viele NRO arbeiten ineffektiv, da sie keine kohärente und überzeugende Vision besitzen. Ihre langfristigen Strategien sind unscharf formuliert, ihre Tätigkeitsschwerpunkte nicht eindeutig festgelegt und ihre Zielgruppen nicht genau bestimmt. Die Zahl der festen und assoziierten Mitglieder fluktuiert, es gibt keine formalisierte Mitgliedschaft. Häufig werden Angehörige der Familie, des Clans oder der *Mahalla* als Mitglieder deklariert. Faktisch repräsentiert jedoch nur eine einzige Person die NRO. Das Finanzgebaren vieler NRO ist äußerst intransparent, die Mittelverwendung nicht immer einsichtig. Einige NRO sind sogar, wie internationale Geberorganisationen⁷⁶ wiederholt feststellen mußten, außerordentlich korrupt. Veruntreuung und Unterschlagung von Geldern durch NRO sind keine Seltenheit.

Monitoring

Nur einige wenige internationale Organisationen führen ein Monitoring ihrer eigenen Programme und Projekte durch. Hierbei besitzt jede Geber- und Durchführungsorganisation eigene Instrumente und legt jeweils andere Wirkungsindikatoren an. Die meisten Indikatoren sind rein quantitativ: sie geben die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen sowie der

⁷⁶ Interview mit Counterpart Consortium, Taschkent, 13. November 2002; Interview mit Open Society Institute, Taschkent, 14. November 2002

teilnehmenden Mitwirkenden, die geschätzte Breitenwirkung, die Zahl spontaner Kooperationen und freiwilliger Nachfolgetreffen an.

Einige wenige Geber (Eurasia, Counterpart Consortium, Open Society Institute) haben einen genauen Kriterienkatalog für das Monitoring ihrer Durchführungsorganisationen entwickelt. Hierbei lassen sie sich von folgenden Prinzipien leiten: Erstens: In der Kooperation mit den Partnern werden deren personelle, organisatorische und finanzielle Kapazitäten gestärkt. Zweitens: Die Partner legen regelmäßig und umfassend Rechenschaft über ihre Programme und Projekte ab.

Kooperationserfahrungen mit staatlichen Institutionen

Die Regierung vertritt die Auffassung, daß Uzbekistan seine Probleme selbst lösen sollte und könne. Nur dort, wo sich der Staat nicht in der Lage sieht, bestehende Probleme zu lösen, steht sie einem Engagement internationaler Akteure offen gegenüber. „Im Grunde gibt es nur zwei Probleme, die Uzbekistan nicht lösen kann, und dies sind die Aralsee-Katastrophe und der internationale Terrorismus.“⁷⁷ Es ist zu erwarten, daß zu diesen Problemen in Zukunft nicht nur der internationale Terrorismus und die Aralsee-Katastrophe, sondern auch das degradierende Gesundheits- und Bildungswesen sowie die Frage der Arbeitslosigkeit zählen werden.

Koordination der Geber

Trotz der geringen Zahl der Akteure erscheint eine Koordinierung der Geberaktivitäten immer noch als eines der größten Probleme. Die internationale Gemeinschaft ist bisher nicht vernetzt. Lediglich in Teilbereichen gibt es eine Abstimmung (z.B. in der humanitären Hilfe). Dabei wäre es wichtig, daß sich die internationalen Geber in bezug auf folgende Fragen abstimmen:

- Einschätzung der aktuellen konfliktiven Lage im Land;
- Austausch über konfliktpräventive Ansätze/Konzepte und Projekte/Programme („lessons learnt“);
- Abklärung und Abstimmung von Verfahren im Umgang mit Regierung und Durchführungsorganisationen;
- Koordinierung von Projekten/Programmen zur Vermeidung von Doppelförderungen und Inkonsistenzen;
- Gemeinsame Suche nach Partnern, die sich bereits auf das Thema Konfliktprävention spezialisiert haben: Aufmerksam machen auf Friedensinitiativen und -einrichtungen der Gastregierung.

⁷⁷ Interview mit dem Außenministerium, Taschkent, 9. November 2002

Empfehlungen

1. Konfliktprävention als Zielsetzung

Gesellschaftspolitische Kooperationsprogrammen können zur Prävention der in der Studie genannten Konflikte beitragen⁷⁸,

1. insofern sie die *Konfliktursachen* (z.B. fehlende politische Partizipation, steigende Arbeitslosigkeit) adressieren und die Menschen in die Lage versetzen die Konfliktursachen in gewaltfreier Weise anzusprechen. Geeignete Instrumente der Konfliktprävention wären hier Maßnahmen zur Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Reformen sowie zur Stärkung der politischen Selbstverwaltung.
2. insofern sie sich auf die Einstellungen und Beziehungen der *Konfliktakteure* konzentrieren. Um Vorteile, vergangene Erlebnisse und Kommunikationsfehler abzubauen, sind vertrauensbildende Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Schaffung persönlicher Beziehungen und zur Verbesserung der Kommunikation vonnöten. Hier könnten Dialogprogramme, gemeinsame Studienreisen und Medienarbeit ansetzen.
3. insofern sie die *politische Ökonomie* des Konfliktes verändern, indem sie diejenigen Faktoren, die gesellschaftspolitische Akteure zur gewaltsamen Konfliktaustragung motivieren könnten, in ihrer Projektarbeit ansprechen. Kooperationsprogramme könnten gesellschaftspolitische Akteure unterstützen, die an der Prävention einer gewaltsamen Konfliktaustragung interessiert sind (z.B. zivilgesellschaftliche Gruppierungen mit einem konfliktpräventiven Ansatz).

⁷⁸ Siehe hierzu: Gaigals, Cynthia / Leonhardt, Manuela: Conflict Sensitive Approaches to Development. A Review of Practice. International Alert/Saferworld/IDRC 2001, S. 6f

2. Sektorale Prioritäten

Uzbekistan befindet sich in der Phase des *latenten Konfliktes*. Diese Phase ist gekennzeichnet durch einen instabilen Frieden mit einer relativ niedrigen Gewaltintensität. Grundsätzlich bieten sich folgende Handlungsoptionen konflikttransformativer bzw. konfliktpräventiver Maßnahmen an⁷⁹:

Konfliktprävention auf oberster Ebene

Verhandlungen/“Negotiations“⁸⁰ zum Interessenausgleich;

„Facilitation“/Gute Dienste⁸¹

Schaffung von Institutionen der Konfliktbearbeitung: z.B. „Consultation“⁸²;

Aktivierung von Konfliktkontrollmechanismen (z.B. „early warning“ – „early action“)

Konfliktprävention auf mittlerer Ebene

Förderung einer demokratischen Konfliktkultur

Unterstützung von Friedensinitiativen

Trainings zur politischen Organisationsentwicklung, Aufbau von leistungsfähigen öffentlichen und zivilen Institutionen (institutional/civil capacity building)

Schutz gefährdeter Personen

Konfliktprävention auf unterster Ebene

Friedens-, Konflikt- und Menschenrechtserziehung unter Einbeziehung lokaler Konfliktbearbeitungsmechanismen

Aufbau von leistungsfähigen Gemeindestrukturen (Community building)

Diese oben genannten Handlungsoptionen wurden bei den folgenden Empfehlungen in Betracht gezogen. Bei der Auswahl der Sektoren waren jedoch folgende Kriterien entscheidend:

(1) *Relevanz* in bezug auf Konfliktprävention: Welche Sektoren leisten einen entscheidenden Beitrag zur konstruktiven Bearbeitung der spezifisch usbekistanischen Konfliktpotentiale?

(2) *Kohärenz* mit Strategien und Programmen von Trägern der politischen Zusammenarbeit und anderen Aktivitäten der Gebergemeinschaft: In welchen Gebieten hat die FES passende Strategien und Instrumente zur Verfügung, ohne daß es zur Dopplung von Aktivitäten mit anderen Organisationen kommt?

⁷⁹ Aus: gtz: Konfliktbezogene Wirkungsbeobachtung von Entwicklungsvorhaben. Eine praktische Handreichung. Eschborn 2001, S. 15

⁸⁰ Hierbei handelt es sich um direkte Verhandlungen mit einer dritten Partei, i.e. einem „Negotiator“. Letzterer hat eher eine passive Rolle, er tritt nur bei Kommunikationsproblemen auf.

⁸¹ Hierbei beschränkt sich die dritte Partei, ein „Facilitator“, darauf, die Rahmenbedingungen für eine direkte Kommunikation und Interaktion zwischen den Kontrahenten herzustellen (Verkehrsmittel, Telekommunikation, Verhandlungsorte, etc.).

⁸² Hier beraten erfahrene „Konfliktberater“ und „-manager“ die Konfliktparteien bei Verhandlungen. Verhandlungsform sind häufig "Runde Tische". Die Verhandlungspartner gehören nicht immer der obersten politischen Elite an.

(3) *Akzeptanz* durch die Regierung: Inwiefern werden Projekte und Programme von der Regierung begrüßt?

(4) *positive Wirkungshypothese*: In welchen Gebieten lassen sich in überschaubarer Zeit überhaupt positive Veränderungen erzielen (in Abwägung von Signifikanz, Akzeptanz und Risiken möglicher Maßnahmen)?

Aufgrund dieser Kriterien werden drei Sektoren vorbehaltlos und nachdrücklich zur Förderung in der politischen Zusammenarbeit empfohlen:

- (1) Förderung des politischen Dialogs
- (2) Abbau der Jugendarbeitslosigkeit
- (3) Stärkung der Zivilgesellschaft

Zwei weitere Sektoren – (4) Stärkung der Menschenrechte und (5) Förderung von lokalen Frühwarn- und Konfliktmanagement-Kapazitäten – besitzen zwar sowohl eine hohe Konfliktrelevanz als auch Ansatzpunkte für die politische Zusammenarbeit. Allerdings dürfte in Sektor (4) die Identifizierung einer geeigneten Nische angesichts zahlreicher Aktivitäten anderer Geber, die explizit auf das Thema Menschenrechte spezialisiert sind, schwierig sein. Und in Sektor (5) dürfte sich die Partnerwahl schwierig gestalten, da es bisher noch nicht eine entsprechende Institution gibt.

2.1 Förderung des politischen Dialogs

Relevanz

Die derzeitige politische Debatte dominieren Regierungsverlautbarungen, die in den elektronischen und Printmedien – ohne jegliche Infragestellung – veröffentlicht werden. Bricht Themen – wie etwa die Menschenrechtsverletzungen in den Gefängnissen und die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierung – werden nicht angesprochen. Es gibt nur „gute“ oder politisch nicht aussagekräftige Nachrichten.

Politische Kontroversen werden weder in der Öffentlichkeit noch hinter verschlossenen Türen ausgetragen. Ein Dialog zwischen Regierungs- und Verwaltungsvertretern auf der einen und Opposition, Menschenrechtsorganisationen, unabhängigen Journalisten auf der anderen Seite findet nicht statt. Beide Gruppen stehen sich sprachlos gegenüber. Vorbehalte herrschen vor.

In dieser Situation könnten Dialogmaßnahmen die Sprachlosigkeit durchbrechen und zur politischen Debatte anleiten. Auf diese Weise könnten bestehende Spannungen abgebaut, ein Klima des Vertrauens geschaffen sowie Verständnis und Toleranz gefördert werden. Letztendliches Ziel wäre es, auf eine Verständigung zwischen regierungskritischen und regierungskonformen Kräften hinzuwirken.

Ansätze

- Herstellung des Dialogs zwischen Politikern, Journalisten, Intellektuellen und Vertretern von Menschenrechtsorganisationen im Rahmen einer Konferenz, eines Seminars oder einer Fortbildung;
- Einrichtung eines „jour fixe“, einer informellen Diskussionsrunde, im Rahmen derer sich Politiker, Journalisten und Intellektuelle austauschen können;
- Anstoß von öffentlichen Diskussionen durch Abhaltung von Konferenzen über Tabuthemen (z.B. die Rolle der Polizei in demokratischen Gesellschaften);
- Gründung und/oder Unterstützung eines Zentrums für „policy debate“, in dem Politikexperten kontroverse Ansichten vorstellen und diskutieren können;
- Durchführung von Besuchsprogrammen, im Rahmen derer Personen, die in Uzbekistan nicht die Gelegenheit zum Austausch hätten (z.B. Parlamentarier und regimekritische Journalisten), in einen Dialog eintreten können.

Partner

Politiker mittlerer Ebene, Parlamentarier, Parteiangehörige, Journalisten, Intellektuelle, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen

Hinweis

Da die Kultur der politischen Debatte in Uzbekistan noch wenig entwickelt ist, wäre ein behutsames Vorgehen zu empfehlen. Eine Einführung z.B. in die deutsche Kultur der politischen Debatte wäre zu empfehlen, um deutlich zu machen, auf welche Weise Auseinandersetzungen mit anderen Meinungen und Überzeugungen vonstatten gehen und wie politische Kompromisse gefunden werden können.

2.2 Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

Relevanz

Der Arbeitsmarkt kann nicht mehr alle Berufsanfänger absorbieren. Die Regierung versucht zwar, den Eintritt der Jugendlichen in das Berufsleben durch Militärdienst und Berufsbildungsprogramme zu verzögern. Allerdings erreicht sie nicht alle Jugendlichen. Viele stehen – nach Jahren der Ausbildung – auf der Straße. Die Zahl derjenigen, die ohne Aussicht auf eine feste, dauerhafte Anstellung, die ihrer Qualifikation entspricht, sind, steigt. Die Frustration – und somit auch das Konfliktpotential – nimmt zu. Es bilden sich unterschiedlichste Formen des Protestes, angefangen vom Rückzug ins Private bis zur Mitgliedschaft in islamistischen Gruppierungen. Um eine Eskalation dieses Konfliktpotentials zu verhindern, sind Maßnahmen gefragt, die erstens die Ausbildung der Jugendlichen den veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen und zweitens die Integration der Jugendlichen in das Arbeitsleben verbessern.

Ansatz

- Verbesserung der staatlichen Aus- und Fortbildung sowie Förderung von staatsunabhängiger Aus- und Berufsbildung;
- Programme für Jungunternehmer: Einführung in Unternehmerrechte und moderne Managementmethoden;
- Lobbying bei Regierungsverantwortlichen, die Bedingungen für die Unternehmensgründung sowie -führung zu erleichtern, um gerade jungen Leuten den Einstieg in die Privatwirtschaft zu ermöglichen;
- Stärkung der Unternehmerrechte durch Etablierung von Unternehmervereinigungen.

Partner

Regierungsvertreter, Jungunternehmer

Hinweis

keiner

2.3 Stärkung der Zivilgesellschaft

Relevanz

Derzeit entstehen besonders viele Nichtregierungsorganisationen, die staatliche Dienstleistungen (z.B. Arbeitsbeschaffung) zu substituieren oder anstehende Probleme auf *Mahalla*-Ebene (z.B. Verarmung von Familien) zu lösen suchen. Meist stehen diesen NRO Frauen vor. Warum? Die Frauen suchen auf diese Weise aus dem männlich dominierten *Mahalla*-System auszubrechen. Ihr vordringlichstes Ziel ist es, über die NRO sich Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen, um das eigene Überleben, das der Kinder, ja der ganzen Familie zu sichern. Diese neu sich gründenden NRO gilt es zu unterstützen.

Ansätze

- Förderung des Dialogs zwischen Regierung und Zivilgesellschaft durch gemeinsame Seminare, Konferenzen und Trainings mit dem längerfristigen Ziel, die Kooperation zwischen beiden Seiten zu intensivieren;

- „Capacity building“ von zivilgesellschaftlichen Organisationen z.B. durch die Einrichtung von „NGO Resource Centers“⁸³, wo NRO Zugang zu moderner Technik gewährt sowie die Möglichkeit zur Teilnahme von Fortbildungsmaßnahmen gegeben wird;
- Förderung von Frauen-NRO, um die Position der Frau in der usbekistanischen Gesellschaft zu stärken („empowerment“);
- Förderung der Kooperation von lokalen Selbstverwaltungsstrukturen (*Mahallas*) und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Partner

Vertreter der Zivilgesellschaft; Regierungs- und Verwaltungsvertreter; Vorsitzende der *Mahalla*-Komitees

Hinweis

Generell zeigen sich staatliche Einrichtungen gegenüber zivilgesellschaftlichem Engagement offen, insofern NRO staatliche Defizite im Sozialbereich substituieren. Die *Mahalla*-Vertreter zeigen sich gegenüber „Einmischung von außen“ zunächst reserviert; legen jedoch große Offenheit an den Tag, sofern sie Vorteil und Nutzen der „externen Einmischung“ erkennen.

2.4 Stärkung der Menschenrechte

Relevanz

Menschenrechte werden in Uzbekistan verletzt, obwohl staatliche Vertreter über Kenntnisse in Menschenrechtsfragen verfügen, weil aber strukturelle Zwänge (v.a. Druck durch Vorgesetzte; Geständnis statt Indizien als Prozessgrundlage) bestehen, die sie zur Übertretung derselbigen veranlassen. Menschenrechte werden aber auch verletzt, weil diese der Bevölkerung unbekannt sind bzw. weil sich die Bevölkerung gegen Menschenrechtsverletzungen nicht zu wehren weiß.

Ansatz

- Lobbying bei der Regierung für eine Veränderung der Gesetzgebung (z.B. Urteilsfällung aufgrund von Beweisen und nicht aufgrund von erpressten Geständnissen);
- Schulung von Regierungs- und Verwaltungsvertretern, Richtern, Staatsanwälten und Anwälten in Menschenrechtsfragen; Unterstützung bei der Umsetzung von Rechtsvorschriften und Gesetzen; Unterrichtung in internationalen Menschenrechtsstandards; Förderung des Austausches und Informationsflusses zwischen den verschiedenen mit Menschenrechten befaßten Institutionen („capacity building“);
- Ausbildung und Befähigung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Lobby-Arbeit bei den relevanten staatlichen Institutionen zu leisten sowie Schulungen für die Bevölkerung durchzuführen;
- Hebung des Rechtsbewußtseins in der Bevölkerung durch Schulung von Menschenrechtsaktivisten, die wiederum als Trainer fungieren;

⁸³ Beispielsweise ist nach der Eröffnung des „Civil Support Centers“ (Juli 2001) die Zahl der NGOs in Namangan von 10 auf 33 und in Andijan von 7 auf 28 gestiegen (November 2002).

- Förderung von „legal clinics“ („Kanzleien von Jura-Studenten“), in denen die Bevölkerung qualifizierte und kostenlose Rechtsberatung erhalten kann.

Partner

OSZE, Freedom House, lokale NRO (z.B. Business Women Association)

Hinweis

Grundsätzlich ist „capacity building“ von Regierungsvertretern und Bevölkerung in Menschenrechtsfragen erwünscht.

2.5 Förderung von lokalen Frühwarn- und Konfliktmanagement-Kapazitäten

Relevanz

In Uzbekistan gibt es kein ausgereiftes System der Frühwarnung („early warning“), mit dem die Verschärfung von Konflikten bzw. eine Veränderung der Sicherheitslage beobachtet wird. Eine Reihe von Meinungsforschungsinstituten sowie das Institut für Strategische Studien führen regelmäßig ein Monitoring durch. Die Monitoring-Ergebnisse werden jedoch selten veröffentlicht.

Ausländische Organisationen haben bisher noch kein ausgereiftes Frühwarnsystem entwickelt. Lediglich die Schweiz führt ein regelmäßiges Monitoring durch (FAST Quarterly Risk Assessments des Swiss Peace Institute⁸⁴), dessen „Findings“ jedoch begrenzten Aussagewert haben und daher von den internationalen Organisationen in Uzbekistan nicht genutzt werden.

Ansätze

- Vorstellung und Zur-Diskussion-Stellung der existierenden externen Frühwarnsysteme vor einem ausgewählten Publikum in Uzbekistan;
- Förderung von Bildung und Forschung in den Bereichen Konfliktprävention und -management, insbesondere Schulung von Wissenschaftlern in Methoden der Frühwarnung.

Partner

Swiss Peace; uzbekistanische Institute für Politikberatung und Meinungsforschung

Hinweis

Der Transfer von wissenschaftlichen Methoden sollte im Vordergrund stehen.

⁸⁴ Siehe hierzu: www.swisspeace.org/fast/asien.htm

Anhang

Begriffe

- Basmatschen** Die *Basmatschen* waren eine Guerilla-Truppe, die bis in die 1930er Jahre hinein aktiven Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft leisteten. Ihr Widerstand war unterschiedlich motiviert. Ihre Mitglieder vertraten islamistische, pan-turkistische und nationalistische Ideen. Die *Basmatschen* suchten ihr Ziel, das Zentralasien von der Sowjetherrschaft zu befreien, durch Anschläge und Überfälle auf Vertreter sowjetischer Machtstrukturen durchzusetzen. Sie scheiterten, nicht zuletzt aufgrund mangelnder ideologischer Geschlossenheit und fehlender logistischer Koordination ihrer Einsätze.
- Hokim** Der *Hokim* ist dem Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeister eines Bundeslandes gleichzusetzen. Allerdings wird er nicht gewählt, sondern vom Präsidenten oder vom Ministerpräsidenten eingesetzt.
- Hokimat** Das *Hokimat* ist die Bezeichnung für das Amt des *Hokims*.
- Kalifat** Das *Kalifat* ist die Institution des weltlich-religiösen Herrschers in der muslimischen Welt. Der Kalif ist Wächter des Glaubens und in seinem Handeln an die Shar'ia gebunden. Das *Kalifat* entstand nach dem Tod des Propheten Mohammed, als Abu Bakr, Umar, Uthman und Ali nacheinander durch Akklamation zum Anführer des muslimischen Gemeinwesens bestimmt wurden.
- Gegenwärtig lebt die Idee des *Kalifats* noch in utopischen Staatsvorstellungen islamistischer Intellektueller fort. Das Kalifat ist hier eine idealistische Form einer, zuweilen demokratisch legitimierten, weltlich-religiösen Führung, die im Rahmen einer egalitären islamischen Weltgesellschaft für Gerechtigkeit sorgen soll.
- Khanat** *Khanat* ist die Bezeichnung für eine in Zentralasien in vor-sowjetischer Zeit verbreitete Herrschafts- und Staatsform, die dem Fürstentum ähnlich war. Dem *Khanat* steht der *Khan*, der regierende Fürst vor. Der mogulisch-türkische Herrschertitel *Khan* wurde bereits bei den Awaren dem Namen angefügt. Eine ältere Form (Khakan) nahmen Dshingis Khan und seine Nachfolger als Titel des obersten Herrschers im Mongolenreich an.
- Medrese** Eine *Medrese* ist eine höhere theologische Schule. Sie ist gleichzeitig Bet-, Lehr- und Wohnstätte für Lehrer und Studenten.
- Mahalla** Eine *Mahalla* ist eine usbekische Nachbarschaftsgemeinschaft, die bis 1992 als informelles soziales Netzwerk bestand und ab 1993 von der usbekistani-schen Regierung in Selbstverwaltungseinheiten umgewandelt wurde.
- Mufti** Ein *Mufti* ist ein Rechtsgelehrter des Islam, der in Fragen des religiösen Rechts (Shar'ia) berät und Rechtsgutachten (fetwa) abgibt. In islamischen Staaten, die heute noch das religiöse Recht anwenden, werden *Muftis* für jede der verschiedenen Shar'ia-Rechtsschulen mit örtlich begrenzter Zuständigkeit vom Staat eingesetzt. In Zentralasien hat der *Mufti* rein symbolische Bedeutung. Er ist vom Präsidenten eingesetzt und handelt in seinem Sinne.
- Oli Mazhlis** *Oli Mazhlis* ist Usbekisch und heißt „Hohe Versammlung“. Der *Oli Mazhlis* ist Parlament der Republik Usbekistan, das alle fünf Jahre gewählt wird. Es hat 250 Mitglieder. Ab 2004 wird das Parlament aus zwei Kammern bestehen.

Abkürzungen

ADB	Asian Development Bank
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Cimera	Central Asia Media Support Project
DFID	Department for International Development (Großbritannien)
EIU	Economist Intelligence Unit
EU	Europäische Union
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GUS	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
GUUAM	Zusammenschluß von Georgien, Ukraine, Uzbekistan, Azerbaidjan und Moldawien
gtz	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
ICG	International Crisis Group
ICRC	International Committee of Red Cross
INTRAC	International NGO Training and Research
IWF	Internationaler Währungsfond
IWPR	Institute for War and Peace Reporting
KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
NRO	Nichtregierungsorganisation/en
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RL/RFE	Radio Liberty/Radio Free Europe
SNB	Sluzhba nacional'noj bezopasnosti (Nationaler Sicherheitsdienst, ehem. KGB)
UNDP	United Nations Development Program
UNDCCP	United Nations Drug Control and Crime Prevention
UNHCHR	United Nations High Commissioner for Human Rights
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
USAID	US Agency for International Development
USD	US-Dollar

Literatur

- Baldauf, Ingeborg: Identitätsmodelle, Nationenbildung und regionale Kooperation in Mittelasien, in: Staiger, Brunhild (Hrg.): Nationalismus und regionale Kooperation in Asien, Hamburg 1995, S. 21-57
- bfai (Hrsg.): Ostmittel- und Osteuropa im Integrationsprozeß. Transformation und Wirtschaftslage in Ostmitteleuropa und der GUS 2001/2002. Berlin 2002
- dass. (Hrsg.): Ostmittel- und Osteuropa im Aufholprozeß. Transformation und Wirtschaftslage in Ostmitteleuropa und der GUS 2000/2001. Berlin 2001
- BMZ (Hrg.): good governance, Bonn Juni 2002, in: www.bmz.de
- Bucknall, Julia u.a.: Irrigation in Central Asia, Washington: World Bank Report 2003
- Center for Preventive Action: Calming the Ferghana Valley. Development and Dialogue in the Heart of Central Asia. New York 1999
- Conflict Prevention Network (CPN): Assessing the Impact of Conflict Prevention, Brussels 2001
- Eisenstadt, S. N.: Traditional Patrimonialism and Modern Neo-Patrimonialism. Beverly Hills/London: Sage Publications 1973
- FEWER u.a. (Hrsg.): Early Warning Report on the Ferghana Valley, Osh 2001
- Freedom House: Nations in Transit 2002, in: www.freedomhouse.org
- Geiß, Paul Georg: Zivilgesellschaft: Risiko oder Chance für Mittelasien?, in: F. Kolland u.a. (Hrsg.): Staat und zivile Gesellschaft. Beiträge zur Entwicklungspolitik in Afrika, Asien und Lateinamerika. Frankfurt 1996, S. 167-182
- ders.: Demokratisierung und gesellschaftliche Reformen in Zentralasien. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politikinformation Osteuropa, Berlin 2002
- Giese, Ernst / Bahro, Gundula / Betke, Dirk: Umweltzerstörungen in Trockengebieten Zentralasiens (West- und Ost-Turkestan). Ursachen, Auswirkungen, Maßnahmen. Stuttgart 1998
- Goodhand, Johnathan: Conflict Assessment Project: Approach and Methodology, INTRAC for DFID, London 2000
- gtz: Konfliktanalyse für die Projektplanung und -steuerung. Eine praktische Handreichung. Eschborn 2001
- dies.: Konfliktbezogene Wirkungsbeobachtung von Entwicklungsvorhaben. Eine praktische Handreichung. Eschborn 2001
- Gumpfenberg, Marie-Carin von: Die sicherheitspolitische Lage im Ferghana-Tal, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 5/2001, S. 620-625
- dies.: Zentralasiatische Grenzprobleme, in: Österreichische Militärische Zeitschrift 4/2000, S. 479-484
- dies.: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Stabilisierendes Moment in Zentralasien? In: SWP-Studien Nr. S 33, Berlin Oktober 2002

- Grävingholt, Jörn: Krisenpotenzial und Ansatzpunkte für eine krisenpräventive Entwicklungszusammenarbeit in Zentralasien, Bonn Juni 2003
- Grotz, Florian: Uzbekistan, in: Nohlen, Dieter / Grotz, Florian / Hartmann, Christof (Hrsg.) 2001: Elections in Asia and the Pacific. A Data Handbook. Bd. 1 Middle East, Central Asia and South Asia. Oxford 2001, S.483-500
- Halbach, Uwe: Djihad vom Kaukasus bis Mittelasien? ‚Islamische Rebellen‘ im Kaspischen Raum und die Politik Usbekistans. in: BIOst Aktuelle Analysen 33/1999
- ders.: Zentralasien in Bedrängnis. Problematische Reaktionen auf regionale Sicherheitsrisiken. In: SWP-Studie S 35, Berlin 2001
- ders.: Der „nicht mehr postsowjetische“ Raum? Rußland in der Wahrnehmung kaukasischer und zentralasiatischer Staaten vor und nach dem 11. September. SWP-Studie S 24, Berlin 2002
- Hasemann, Armin / Hübner-Schmid, Katharina: Methodenleitfaden zur Konfliktanalyse und zur Entwicklung von Handlungsoptionen für gesellschaftspolitische Kooperationsprogramme, unveröffentlichtes Dokument, 2003
- Human Rights Watch: Uzbekistan. Sacrificing Women to Save the Family? Domestic Violence in Uzbekistan 2001. In: www.hrw.org
- dies.: Religious Persecution of Independent Muslims in Uzbekistan 2002, in: www.hrw.org
- International Crisis Group: The IMU and the Hizb-ut-Tahrir: Implications of the Afghanistan Campaign, Osh/Brussels 2002
- dies.: Central Asia: Border Disputes and Conflict Potential, Osh/Brussels 2002
- dies.: Central Asia: Uzbekistan at Ten – Repression and Instability, Osh/Brussels 2001
- dies.: Central Asia: police reform and regional stability, Osh/Brussels 2002
- dies.: The OSCE in Central Asia: A new strategy. Osh/Brussels 2002
- dies.: Uzbekistan’s Reform Program: Illusion or Reality? Osh/Brussels 2003
- Karimov, Islam: Uzbekistan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Gefährdung der Sicherheit, Bedingungen der Stabilität und Garantien für den Fortschritt. Düsseldorf 2000
- Kliengebiel, Stefan: Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen, in: DIE Berichte und Gutachten 6/1999
- Konstitucija respubliki Uzbekistan, in: Konstitucii stran SNG, Almaty 1999, S. 338-262
- Krummenacher, Heinz: Conflict Prevention and Power Politics: Central Asia as a Show Case. Bern 2001
- Krummenacher, Heinz / Schmeidl, Susanne (Hrsg.): Practical Challenges in Predicting Violent Conflict. FAST. An Example of a Comprehensive Early-Warning Methodology, Bern 2001
- Luong, Pauline Jones: The Future of Central Asian Staathood, in: Central Asia Monitor 1/1999, S. 1-10
- Melvin, Neil J.: Uzbekistan. Transition to Authoritarianism on the Silk Road. Amsterdam: Harwood academic publishers 2000
- Micklin, Philip: Managing Water in Central Asia, London: The Royal Institute of International Affairs 2000

- Müller, Friedemann: Energiepolitische Interessen in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 8/2002, S. 23-31
- Olcott, Martha Brill: Regional Cooperation in Central Asia and the South Caucasus, in: Ebel, Robert / Menon, Rajan (Hrsg.): Energy and Conflict in Central Asia and the Caucasus Lanham u.a.: Towman & Littlefield Publishers Inc. 2000, S. 123-144
- Pawelka, Peter: Herrschaft und Entwicklung im Nahen Osten: Ägypten, Heidelberg: CF Müller-Verlag UTB 1985
- Rashid, Ahmed: Jihad. The Rise of Militant Islam in Central Asia. New Haven / London: Yale University Press 2002
- Seifert, Arne C.: The Islamic Factor and the OSCE Stabilization Strategy in Its Euro-Asian Region. CORE Working Paper 4, Hamburg 2001
- Shirin, Akiner: Uzbekistan: Quarterly Risk Assessment, seit Februar 2002 fortlaufend, in: swisspeace, Early warning unit, 7 S.
- Tesli, Arne: Building the state: political mobilisation, rhetoric and social differentiation in Kazakhstan, Uzbekistan, Ethiopia, and Somalia, Oslo: NIBR 1999
- Tulaganova, Shahida / CIMERA (Hrsg.): Report on the Media Situation in Uzbekistan, London 2001
- United Nations High Commissioner for Refugees (Hrsg.): Population Migration in Uzbekistan 1989-1998, Tashkent 1999
- United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention (Hrsg.): Afghanistan. Opium Survey 2002, Central Asia 2002
- United Nations Resident Coordinator System Uzbekistan (Hrsg.): Common Country Assessment of Uzbekistan, Tashkent 2000

Von der Autorin durchgeführte Interviews

Die Interviews wurden in folgenden Zeiträumen und an folgenden Orten durchgeführt:

3. bis 9. November 2002	Taschkent
10. bis 11. November 2002	Samarkand
12. bis 17. November 2002	Taschkent
17. bis 19. November 2002	Fergana-Tal (Andijan und Namangan)
19. bis 20. November 2002	Taschkent

Interviewpartner waren:

Außenministerium der Republik Uzbekistan, Taschkent, 9. November 2002

Dr. Alla Carimova, Head of the UN & International Political Organisations Department

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Taschkent, 7. November 2002

Dr. Andreas Prothmann, Stellvertretender Botschafter
Oberstleutnant i.G. Volker Bergander, Verteidigungsattachè

Botschaft von Großbritannien, Taschkent, 13. November 2002

Christ Hirst, 3. Sekretär

Botschaft der Russischen Föderation, Taschkent, 15. November 2002

Dmitry Ryurikov, Botschafter

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Taschkent, 7. November 2002

David E. Appleton, Deputy Chief of Mission
William Farrell, USAID Representative

Counterpart Consortium, Taschkent, 13. November 2002

Soroush Javadi, Country Director
Azamjon Babahodjaev, Deputy Director
Jay Cooper, Regional Director for Central Asia

Deutsche Welthungerhilfe, Taschkent, 14. November 2002

Usmanov Imomali, Direktor of Representation Office in Tashkent

Eurasia Foundation, Taschkent, 15. November 2002

Jon David Thiele, Regional Director

Freedom House, Taschkent, 16. November 2002

Sikeena Karmali, Director for the Uzbekistan Human Rights Training and Support Program

- Friedrich-Ebert-Stiftung, Taschkent, 13. November 2002
Winfried Schneider-Deters, Projektkoordinator in Zentralasien und im Kaukasus
- Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz), Taschkent, 14. November 2002
Dr. Michael Gerlich, gtz National Coordinator, Resident Representative
- Ijtimoy Fikr Social Center of the Republic of Uzbekistan, Taschkent, 13. November 2002
Prof. Ra'no Ubaidullaeva, Direktor
- International Fund of Imam al-Bukhari, Samarkand, 16. November 2002
Zahidulla I. Munavvarov, Chairman of the Board
- International Crisis Group, Taschkent, 8. November 2002
David Lewis, Central Asia Project Director
Azizulla Gaziev, Political Analyst
- International Fund of Ecology and Health „Ecosan“, Taschkent, 16. November 2002
Prof. Yusuf Shadimetov, President
- Institut für strategische und regionale Studien, Taschkent, 12. November 2002
Rachmidschan Kadirov, Vize-Direktor
Farida Bakaeva
Bachtijor Karimov
Golubschan Abdukarimov
- Konrad-Adenauer-Stiftung, Taschkent, 16. November 2002
Dr. Thomas Kunze, Länderbeauftragter für die Staaten Zentralasiens
- Mercy Corps, Andijan, 18. November 2002
Ra'no Kuldasheva, Projektmanagerin
- Muftiat von Uzbekistan, Taschkent, 14. November 2002
Abduraschid-Kori Bachromov, Mufti von Uzbekistan
- National Human Rights Centre of the Republic of Uzbekistan, Taschkent, 8. November 2002
Prof. Akmal Saidov, Direktor
Shavkat Galiakbarov, Stellvertretender Direktor
- Olij Mazhlis (Parlament), Taschkent, 13. November 2002
Syera Rashidova, Authorized Person for Human Rights (Ombudsmann)
- Open Society Institute Assistance Foundation, Taschkent, 14. November 2002
Alisher Ilkhamov, Exekutive Director
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE), Taschkent, 7. November 2002
Gantcho Gantchev, Leiter des OSZE-Zentrums in Taschkent
Corneliu Musinschi, Political Officer
- Samarkander Staatsinstitut für Fremdsprachen, Samarkand, 11. November 2002
Yusuf N. Abdullaev, Direktor
- Swiss Cooperation Office, Botschaft der Schweiz, Taschkent, 15. November 2002
Johan Gely, Regional Water Manager
Murat Mirzaev, Senior Programme Officer

Taschkenter Islamische Universität, Taschkent, 9. November 2002

Adulhay Adullaev, Stellvertretender Rektor

Akhadjan Khasanov, UNESCO Chair of Comparative Study of World Religions

United Nations Office for Drug Control and Crime Prevention (UNDCCP), Taschkent,
15. November 2002

Roberto Arbitrio, Programme Coordinator

United Nations Development Programm (UNDP), Taschkent, 8. November 2002

Lykke Andersen, Deputy Resident Representative

Florida Perevertaylo, Assistant Resident Representative

UNHCR, Taschkent, 7. November 2002

Dr. Peter Nicolaus, Leiter des UNHCR-Büros in Taschkent

Verteidigungsministerium der Republik Uzbekistan, Taschkent, 15. November 2002

Rustam Niyazov, Deputy Minister

Weltbank, Taschkent, 13. November 2002

David Pearce, Country Manager Uzbekistan

sowie zahlreiche NRO- und Medien-Vertreter in Taschkent, Andijan, Namangan und Samarkand.